

Bezugspreis:
Vierteljährlich 12.- M., monatlich 12.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.- M., einsch. Post-
gebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Böhmen 12.- M., für
das übrige Ausland 14.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Belgien, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wolk und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erdung und Rielgarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 9. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die neugegründete Konzeptionsstelle
kostet 6.- M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 2.- M. (zu-
lässig zwei fertige Wörter), jedes
weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.- M., jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Adressen und Telefon-
nummern 3. abgerechnet werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Geburtstag der Republik.

Zum 9. November.

Von Otto Braun.

Die Republik begeht heute ihren dritten Geburts-
tag. Das ist ein Anlaß, nicht zu Jubelfeiern, aber zu ernstem
Bedenken.

Die Monarchie in Deutschland ist nicht an der Kraft
ihrer inneren Gegner zugrunde gegangen, sondern an ihrer
eigenen Unfähigkeit, sich in einer Weltkrise zu behaupten.
Alle Parteien stimmen darin überein, daß die Politik des kai-
serlichen Deutschland nach Bismarck verhängnisvoll falsch ge-
wesen ist. Selbst bei den Monarchisten findet sie keinen Ver-
teidiger. Und doch haben diese einst mit dem Ruf „Wir wollen
keinen Schattenkaiser!“ das persönliche Regiment Wilhelms II.
gestiftet.

Wenn die Monarchisten jetzt wieder von der „Kaiser-
idee“ sprechen, so schulden sie uns Aufklärung darüber, was
sie darunter verstehen. Einen Kaiser, der Hofbälle veranstaltet
und Orden verleiht, ohne auf die Politik Einfluß zu haben?
Oder einen Monarchen, der die Rechte der Volksoberleitung
beschränkt und das Volk in den alten Zustand politischer Un-
mündigkeit zurückwirft? Das erste wäre eine Väterlichkeit,
das zweite ein Verbrechen.

Nach der totalen Auflösung der alten Ordnung wäre
Deutschland ins Chaos versunken, wenn nicht die Arbei-
ter die Führung übernommen und die deutsche Republik auf-
gerichtet hätten. Das bleibt ein Ruhmesblatt in der Ge-
schichte der deutschen Arbeiterbewegung, soviel auch später
durch Zersplitterung und Bruderkampf gesündigt worden ist.
Das Recht stolz zu sein, haben aber vor allem diejenigen Ar-
beiter, die in allen Fährden und Nöten der Sozialdemo-
kratischen Partei treu geblieben sind. Denn sie waren es,
welche die Notwendigkeiten der Zeit am klarsten erkannt
hatten.

Sie begriffen dank ihrer politischen Schulung, daß die
Entwicklungsstufe, für die Deutschland im Augenblick seiner
Niederlage reif wurde, keine andere war als die der demo-
kratischen Republik. Sie begriffen, daß man nun
dieses Erreichbare schaffen und mit den Fäusten festhalten
müßte, um für spätere Fortschritte erst einmal den Boden
vorzubereiten. Wären die Arbeiter in ihren Massen politisch
weniger reif gewesen, hätten sie sich von dem Trugbild
Sowjetrußland verleiten lassen, das jetzt längst allen
Glanz verloren hat, welches Unheil hätten sie über sich selbst
und über das ganze deutsche Volk heraufbeschworen?

Damals war es nur eine Minderheit, die irrte, ein großer
Teil von ihr hat seinen Irrtum längst erkannt.
Jetzt gilt es, sich fest auf den Boden der Tatsachen zu
stellen und ohne Illusion, aber auch ohne Schwäche alles
zu tun, um den weiteren Niedergang aufzuhalten, dem Auf-
stieg den Weg zu ebnen.

Wir Sozialdemokraten sind heute noch eine Minderheit
in einem Staat, dem seine Handlungen in wesentlichen Punk-
ten durch die Macht der Sieger im Weltkriege vorgeschrieben
werden. Täuschen wir uns also darüber nicht, daß unsere
Macht nach innen und außen begrenzt ist.

Was folgt daraus für uns? Daß wir unablässig be-
strebt sein müssen, für unseren Staat mehr Bewegungsfrei-
heit nach außen, für unsere Partei mehr Macht im Innern
zu gewinnen. Beides hängt eng miteinander zusammen.

Der Kampf gegen den Nationalismus der Entente kann
nicht vom deutschen Nationalismus, sondern nur vom deut-
schen und vom internationalen Sozialismus geführt werden.
Der Nationalismus von hien und drüben setzt Gewalt gegen
Gewalt. Da sind wir geschlagen. Der deutsche und der inter-
nationale Sozialismus setzt gegen die plumpe Gewalt die
Macht der Ideen. Nur auf diesem Felde können wir
noch hoffen zu siegen.

Den Kampf der Ideen gegen die plumpe Gewalt hat die
deutsche Sozialdemokratie jahrzehntelang im Innern füh-
ren müssen. Dabei hat sie manches gelernt, vor allem auch,
daß der schwächere Teil keine Lage durch Verweilungsstreich
nicht verbessern kann. Wie oft haben wir da die Föhne zu-
sammenbeißten und tragen müssen, was unerträglich schien.

Die bestehenden Kreise, die Angehörigen der bürgerlichen
Parteien, vor allem aber die Mitglieder der alten Herrenklasse
kennen diese harte Schule nicht. Sie haben zum großen Teil
aus den bitteren Erfahrungen der Niederlage wenig oder gar
nichts gelernt. Darum neigen sie zu einer Desperado-
politik, die unsere äußere Lage nicht verbessern, sondern
nur verschlechtern kann.

Man stelle sich vor, Deutschland würde über Nacht wieder
Monarchie und triebe eine „Politik des Widerstandes“ nach
deutschnationalen Rezepten. Welche Folgen würden sich dar-

aus entwickeln? Selbst die Deutschnationalen reden ja nur
von einer solchen Politik, weil sie wissen, daß es keine Mög-
lichkeit gibt, in ihrem Sinne zu handeln. Selbst von ihnen
würden die allermeisten, wenn es ernst würde, vor den
grauevollen Folgen zurückschrecken, nur eine Schar gewissen-
loser Abenteurer würde übrig bleiben, um das Schicksal des
Volkes in seine Hand zu nehmen.

Deutschland kann nicht Politik treiben unter der Parole
„Monarchie und Revanche“, sondern nur unter der Parole
„Republik und Frieden“. Alle Macht der Tatsachen
spricht für die Politik, die wir Sozialdemokraten treiben.
Darauf gründet sich unsere Hoffnung, für sie einen so großen
Teil der bürgerlichen Parteien gewinnen zu können, daß
wenigstens die allerschlimmsten Gefahren äußerer Gewalt und
inneren Bürgerkriegs von unserem Volk abgewendet werden.

Wer leugnet, daß es tausendmal besser wäre, wir brauch-
ten uns nicht mit solchen Hoffnungen abgeben, die trügerisch
sein können, sondern wir könnten uns ganz auf unsere
eigene Kraft verlassen?!

Ich verstehe, daß man ein Gegner der Koali-
tionspolitik sein kann. Aber ich verstehe nicht, daß
man aus dieser Gegnerschaft einen anderen Schluß ziehen
kann als den: Die Sozialdemokratie muß durch die Kraft
ihrer geistigen Waffen, durch die Verbekraft ihrer Anhänger,
durch Einigkeit, Geschlossenheit, Disziplin so stark werden,
daß sie keine Koalitionen mehr braucht.

Ich verstehe nicht, daß man aus dieser Gegnerschaft den
Schluß zieht, die Sozialdemokratie müsse auf jeden Anteil an
der politischen Macht verzichten und tatenlos zusehen, wie sich
die Feinde der Republik der Herrschaft über die Republik be-
mächtigen. Durch solches tatenloses Beiseitstehen würden
wir nie den Einfluß erringen, den wir erringen wollen, wir
würden dadurch nicht stärker, sondern nur schwächer werden.
Auch wenn wir in die Opposition gehen, dürfen wir es nicht
tun, um zu warten, bis wir die ganze Macht ergreifen
können, sondern müssen uns bereithalten, auch einen Teil

von ihr wiederzugreifen. Durch verantwortungsfreudige
Mitarbeit werden wir die Achtung unserer Anhänger wie
unserer Gegner erringen, die es uns schließlich möglich machen
wird, uns ganz durchzusetzen.

Wir vertrauen auf die Zukunft. Wir sind fest davon
überzeugt, daß der am 9. November betretene Weg der ein-
zige ist, der zur Rettung unseres Volkes führen
kann, während der ihm entgegengesetzte nur schnell ins tiefe
Verderben führt. Deutschland wird und muß Republik blei-
ben. In der deutschen Republik wird der Einfluß der Ar-
beiterbewegung steigen, wird die Mehrheit des Volkes für die
Gedankenwelt des Sozialismus gewonnen wer-
den. Inzwischen muß alles getan werden, damit sich das
deutsche Volk die Reste seiner Selbstständigkeit erhält und sie
nicht in einem Anfall kopfloser Verzweiflung den Gewaltpoli-
tikern des Auslands preisgibt. Kein ehrlicher Mensch in der
ganzen Welt soll daran zweifeln können, daß wir keine neuen
gewaltsamen Auseinandersetzungen suchen, sondern daß wir
nach dem Wahnsinn des Krieges und der Siegesdiktate nichts
anderes anstreben als eine ehrliche Verständigung
von Volk zu Volk, die Europas dauernde Ruhe und
seinen ökonomischen Wiederaufbau verbürgt.

Noch sind wir über das Schwerste nicht hinaus. Der
Sturz unserer Währung bedroht das wirtschaftliche
und insoweit auch das politische Leben mit tiefen Er-
schütterungen. Mehr denn je gilt es, den Kopf oben zu be-
halten. Nur Geduld, Arbeit und die feste Zuversicht, daß
wir trotz allem auf dem rechten Wege sind, können uns retten.

In diesem Sinne feiern wir heute den 9. November als
den Tag, an dem das deutsche Volk unter Führung seiner
Arbeiter sich von den verhängnisvollen Irrtümern der Ver-
gangenheit löst und auf einem neuen Weg zu einer besse-
ren Zukunft den entscheidenden ersten Schritt tat. Unerlösch-
terlich auf ihm zu beharren, weiterzukämpfen für Demokratie
Sozialismus und ehrlichen Völkerrfrieden, sei unser Gelübnis
zu seiner dritten Wiederkehr.

Besitz und Vaterlandspflicht.

Heute, gerade am 9. November, kommt die Interalliierte
Reparationskommission nach Berlin, um über die
Reparationsverpflichtungen zu verhandeln. Diese Tatsache er-
innert daran, was die Revolution vor drei Jahren noch zu tun
übrig ließ, daß wir erst am Anfang einer Aufgabe stehen, die
vielleicht schon erfüllt sehen wollten. Wäre, wie es manche gefor-
dert haben, die gesamte deutsche Wirtschaft mit radikalen Ein-
griffen sozialisiert, so lasteten ganz auf dieser sozialisierten
Wirtschaft Kapitalkschulden von 132 Milliarden Gold-
mark, eine Schuldenlast, die den Ertrag der Arbeit Jahr für
Jahr um viele Milliarden gemindert, die Ursache an der
Minderung des Arbeitsertrages dem Sozialismus zugeschoben
hätte. Wir stehen eben noch vor der Lösung des Wiedergut-
machungsproblems, nicht der Wiedergutmachung im Sinne
des Friedensvertrags, sondern der wirtschaftlichen
Ueberwindung des Krieges und seiner Folgen.

Und zur gleichen Zeit werden die Steuern beraten. Im
Parlament debattiert man, streitet um persönliche Auf-
fassungen und Meinungsverschiedenheiten, mit dem Ziel bei
den Regierungsparteien, ihre Politik finanziell zu stützen, bei
den Oppositionsparteien, sie zu untergraben. Morgen,
Donnerstag, kommt der Ausschuss des Reichsverbandes der
deutschen Industrie zum Reichskanzler und wird ihm die
Pläne und Bedingungen zur Gewährung eines Zwischen-
kredits an das Reich unterbreiten. Es scheint, daß selbst
das engere Präsidium sich nicht mehr zu den Münchener Be-
schlüssen bekennt, die einen langfristigen Kredit immerhin in
Auslicht stellen. Statt dessen macht man jetzt, so besagt wenig-
stens die Resolution, den kurzfristigen Zwischenkredit von
Forderungen abhängig, die eine einseitige Einfluß-
nahme der Industrie auf die Regierung be-
deuten. Die Industrie ist im Begriff, die durch die Revolution
verlorene Regierungsgewalt der Rechtsparteien unter Aus-
nutzung der Notlage des Reiches wieder zu erlämpfen. Nicht
sie selbst will zahlen, sondern die Reichsbetriebe sollen zur mel-
tenden Ruh werden, zum Unterpfand des Kredites. Natürlich
wünschen auch wir, daß die Reichsbetriebe wirtschaftlich wer-
den. Aber nicht um den Preis eines Berichts auf den Acht-
stundentag und auf die gemeinwirtschaftlichen und sozialen
Fortschritte, die die Revolution gebracht hat. Das, und nicht
weniger, will aber der Reichsverband. Die Reichsbetriebe
sollen zum Unterpfand der langfristigen Anleihe gemacht, sie
sollen an das Ausland verpfändet werden, damit die Industrie
nicht zu zahlen braucht.

Der Besitz sträubt sich zu zahlen. Er entzieht sich seiner

Vaterlandspflicht. Der Dollar steht auf 310. Weiße
Volksmassen verelenden. Nicht nur Handarbeiter, auch breite
Schichten des sogenannten Bürgertums werden von der Geld-
entwertung erdrückt. Die Industrie, die Landwirtschaft, die
Banken aber, die an der Geldentwertung nur gewinnen, wei-
chen ihrer Staatspflicht aus und tragen so die Schuld an den
Jahren, die jetzt Deutschland beherrschen. Auch die
gekaufte Presse wird nicht verhindern können, daß das
Bürgertum die Schuldigen erkennt. Darum warnen
wir die Regierung, auf überspannte Forderungen der Indu-
strie einzugehen, und die Unternehmerverbände, ihre Macht
und ihre Interessen zu überschätzen.

Wenn die Arbeiterpolitik einig und wachsam ist,
wird der Industrie ihr Anschlag nicht gelingen.

Hermes gegen Braun und „Vorwärts“.

Der provisorische Verwalter des Reichsfinanzministe-
riums, Minister Dr. Hermes, hat gestern im Reichstag ge-
glaubt, einen Trumpf gegen unseren Fraktionsredner in der
Steuerdebatte auszuspielen zu können, indem er behauptete,
nicht er, der Minister, träge die Verantwortung für die von ihm
vertrretenen Steuervorlagen, sondern die Regierungsparteien
trügen sie einschließlich der Sozialdemokratie. Er
bemängelte auch die Ueberschrift im gestrigen Morgenblatt des
„Vorwärts“, „Kritik an Hermes' Steuerpolitik“ und meinte, sie
müsse richtig heißen: „Kritik des Dr. Braun an der bisherigen
Steuerpolitik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion“.

Damit hat Herr Minister Dr. Hermes einen billigen
rednerischen Effekt erzielt, den die Rechte mit heilerem Beifall
quittierte, er hat dies aber nur auf Kosten der Tatsa-
chen vermocht, von denen er sich weit entfernte. Herr
Dr. Hermes muß sehr genau wissen, daß die sozialdemo-
kratische Reichstagsfraktion die Steuervorlagen in Hinsicht auf
die Belastung des Besitzes nie für hinreichend erachtet, son-
dern stets weitergehende Forderungen vertreten hat. Auch
eine Festlegung auf die einzelnen Vorlagen ist niemals er-
folgt, die Fraktion hat die Hände frei.

Herr Minister Dr. Hermes kann also nicht glauben, er
sei gegen Kritik schutzgeimpft, weil er eben nur die Vorlagen
des Kabinetts vertritt und nichts weiter. Man darf auch von
ihm Ideen verlangen oder das Eingehen auf Ideen, die
ihm entgegengebracht werden. Auch hat der Sturz der Mark
eine veränderte Lage geschaffen, und die Anpassung an sie
muß vom Leiter des Reichsfinanzministeriums ausgehen,
auch wenn er sein Amt nur provisorisch versteht.

Daß die Leitung des Reichsfinanzministeriums kein Ber-

grüßungsposten ist, wissen wir, aber das kann uns nicht daran hindern, Kritik vorzubringen, wo wir sie für notwendig halten. Herr Dr. Hermes sollte sich einer solchen positiven Kritik, die ihm die sachliche Führung seines Amtes nur erleichtern kann, eigentlich freuen. Diese Kritik will dem Reichsfinanzminister mehr Geld bringen, und das ist wichtiger als die Schonung persönlicher Empfindlichkeit.

Segen die Devisenhamsterei.

Der Gesehentwurf der Reichsregierung.

Das Reichskabinett hat dem vom Reichswirtschaftsministerium eingebrachten Gesehentwurf über den Verkehr mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten seine Zustimmung erteilt. Der wesentlichste Inhalt des Gesehentwurfs ist folgender:

1. Der Handel mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten soll von nun an an die Banken gebunden sein. Also nur durch die Vermittlung von Banken und Bankiers können in Zukunft Devisen- und ähnliche Geschäfte abgeschlossen werden.

2. Die Banken sind verpflichtet, von jedem, der mit ihnen ein Devisen- oder ähnliches Geschäft eingehen will, eine genügende Legitimation zu verlangen.

3. Die Banken sind verpflichtet, über jedes abgeschlossene Devisen- oder ähnliche Geschäft nach Höhe, Kurs usw. einen Schlusschein auszustellen. Dieser Schlusschein muß von den Banken dem betreffenden Finanzamt desjenigen, der ein Devisengeschäft eingegangen ist, überwiesen werden. Die Finanzämter nehmen dann ihrerseits die überwiesenen Schlusscheine zu den Steuerakten.

Der Gesehentwurf wird binnen kurzem dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen. Er ermöglicht in hohem Maße die Unterbindung der wilden Devisenspekulation und die Erfassung der Gewinne, die aus Devisengeschäften entspringen.

Die Teuerungsaktion für die Beamten.

Am preussischen Landtage fand am Dienstag nachmittag eine Besprechung von Vertretern der Landtagsfraktionen über die in Aussicht genommene Teuerungsaktion für die Beamten usw. statt. Die Angelegenheit ist derartig beschleunigt worden, daß die Auszahlung der erhöhten Gehälter sofort erfolgen kann, nachdem der Reichstag und Landtag ihre Zustimmung ausgesprochen haben. Bis Ende dieser Woche dürfte das geschehen sein.

Der Preussische Staatsrat nahm am Dienstag die Gesehentwürfe über die Aenderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten und die Neuregelung der Einkünfte der Lehrer und Lehrerinnen an Volks- und Mittelschulen usw. nach den Vorschlägen des Hauptausschusses einstimmig an. Diese Neuregelung bedeutet eine Mehrbelastung von 2% Milliarden Mark. Erwartet wird, daß das Reich den Ländern und Gemeinden die Mehrkosten zurückerstattet. Gefordert wird ferner, daß bei veränderten Verhältnissen auch eine Rückzahlung der Gehälter eintrete. — Die Sorge wegen einer Aenderung der Teuerungsverhältnisse erscheint selber sehr unbegründet.

Hilfe für die Invalidenrentner.

Der Sozialpolitische Ausschuh des Reichstages setzte am Dienstag die Beratung über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern aus der Invalidenversicherung fort. Im § 1 der Regierungsvorlage war ursprünglich gesagt, daß nur „notleidende“ Invalidenrentner einen Zuschuh erhalten sollen. Nach eingehender Aussprache wurde gemäß einem Antrag André (Ztr.) das Wort „notleidend“ aus dem Gesehentwurf gestrichen. Dafür soll § 2 des Gesetzes so abgefaßt werden, daß ein Mißbrauch unmöglich wird. Ferner soll durch Erlass von Ausführungsbestimmungen näher umschrieben werden, wer Notstandsunterstützung erhalten soll. Die Abstimmung über die weiteren Vorstufen des Gesetzes wurde ausgesetzt und auf Donnerstag vertagt.

Die Drehtverkehrsjur in der Tschechoslowakei ist aufgehoben. Ob auch in den östlichen Standrechtsgebieten, wird nicht gemeldet.

Hirtsfiefer Wohlfahrtsminister?

Wie die W.P.M. erfahren, hat die preussische Zentrumsfraktion für den Posten des preussischen Wohlfahrtsministers nunmehr den Zentrumsgesandten im Preussischen Landtag Hirtsfiefer in Aussicht genommen. Es steht aber noch nicht bestimmt fest, ob Hirtsfiefer, der zurzeit in Italien weil, der Berufung zum preussischen Wohlfahrtsminister Folge leisten wird. — Hirtsfiefer gehört zu den Führern des Christlichen Metallarbeiterverbandes, dem er als Schlosser beigetreten war. Seit 1904 war er Bezirksleiter, seit 1920 Verbandssekretär.

Von zuständiger Stelle wird der W.P.M. mitgeteilt, daß über die Befragung des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern bisher noch keine Entscheidung getroffen ist.

Kadbruch und der Verbrecher.

Einem fürchterlichen Skandal ist der „Lokal-Anzeiger“ auf die Spur gekommen. Der Reichsjustizminister, Genosse Dr. Kadbruch, unterhält Beziehungen zu einem Verbrecher! Zwischen ihm und dem Verbrecher besteht sogar nach dem „Lokal-Anzeiger“ eine „gewisse Intimität“. Die Folge ist, daß Kadbruch sich sogar für die Befreiung des Verbrechers einsetzen will. Da haben wir einen sozialistischen Justizminister!

Zur Beruhigung des entsetzten Publikums wollen wir mitteilen, daß der Verbrecher kein anderer ist — als der Dichter Ernst Toller, der noch immer von der bayerischen Regierung in der Festung Niederschönenfeld gequält wird und nicht einmal Urlaub zu der Uraufführung seines Dramas „Masse Mensch“ erhalten hat. Toller ist bekanntlich wegen rein politischer Vergehen, unter ausdrücklicher Zuerkennung der ehrenhaften Genügnung zu Festungshaft verurteilt worden. Daß zwischen diesem Mann und einem Justizminister Beziehungen bestehen können, ist allerdings der Gipfel dessen, was in einer Republik passieren kann. Unter dem alten System wäre es ganz undenkbar gewesen, daß ein Justizminister mit einem geistig hochstehenden Menschen Verkehr gehabt hätte, dem die geistig hochstehenden Menschen meist nur mit ihresgleichen verkehren! Auch in Ruhr-Papern haben die Justizminister den Verkehr mit stückweise verfolgten Kapp-Verbrechern vorgezogen.

Dem „Lokal-Anzeiger“ wollen wir aber gleich einen Tipp für seine nächste Sensation geben: Im staatlichen Schauspielhaus werden die Dramen eines anderen Verbrechers, eines desertierten Militärarztes aufgeführt. Der Mann heißt Friedrich Schiller, und die Republik scheut sich nicht, seine Dramen aufzuführen, obwohl dieser Verbrecher seinerzeit seinem gnädigen Fürsten ohne Urlaub bei Nacht und Nebel entwichen ist.

Brandlers Flucht.

Die „Notz Fahn“ bringt die Nachricht von der Flucht ihres ehemaligen Parteivorsitzenden aus der Festungshaft unter der jubelnden Ueberschrift „Brandler frei“. Brandler hat bekanntlich einen ihm erteilten Urlaub dazu benutzt, um auf Zimmerwiedersehen zu verschwinden. Er hat sich damit zwar selber von seiner Festungshaft, die, nach den Umständen der Flucht zu urteilen, nicht allzu bequem gewesen sein kann, befreit, er hat damit aber das Schicksal seiner bisherigen Leidensgenossen verschlimmert.

Für Sozialdemokraten, die zu Freiheitsstrafen verurteilt waren, galt stets das Gebot, die verhängte Strafe ruhig auf sich zu nehmen und sie abzusitzen. Sie handelten so, weil sie wußten, daß sie sonst das Los ihrer Genossen verschlechterten, indem die Aussicht über sie verschärft, ihre Keinen „Freiheiten“ im Gefängnis aufgehoben wurden. So zu handeln, war für sie ein Gebot der Solidarität, das für Brandler offenbar nicht gilt.

Wenn die verurteilten Kommunisten im Gefängnis schlechter behandelt werden, können sie sich bei Brandler dafür bedanken. Und wenn jemand die verdreherische Lust verspürt, einen gefangenen Kommunisten in den Rücken zu schlagen, so wird er die bequeme Ausrede haben, es habe Fluchtversuch a la Brandler vorgelegen. Das hat Brandler, der ehemalige Vorsitzende der K.P.D.-Zentrale und

Ehrenvorsitzende des 3. Kongresses der Moskauer Internationale, den gefangenen Kommunisten angetan, um sich selber die Unbequemlichkeit einer, wie gesagt, nicht allzu schweren Festungshaft zu ersparen.

Zeiten und Sitten ändern sich. Uns dünkt, die Sozialdemokraten hätten sich in der Zeit, in der sie verfolgt waren, besser bewährt als die ultrarevolutionäre ihre Wort brechenden und radikal ausweichenden Kommunisten von heute!

Nach einer Meldung der W.P. soll Brandler bereits vor zwei Tagen in Moskau eingetroffen sein.

Wenn sie es nur getan hätten.

Fromme Wünsche eines Ersten Staatsanwalts.

In Königsberg fand vor kurzem der Prozeß des Polizeipräsidenten Genossen Läßbring gegen den Chefredakteur der „Preussischen Zeitung“, Eberhard Kentel, wegen Beleidigung statt, wobei der angeklagte deutschnationale Verleumder zu 400 M. Geldstrafe verurteilt wurde. In dem Prozeß spielte sich eine interessante Episode ab. Es stand unter anderen Punkten auch die Haftentlassung eines Kommunisten in Sobiau unter Beweis. Der Erste Staatsanwalt Willk wurde hierzu als Zeuge vernommen und sagte auffällig ungenügend gegen Genossen Läßbring aus. Nachher erwähnte Läßbrings Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Schönsch, in seinem Plädoyer, daß Läßbring um Haaresbreite am 9. März 1919 von sozialistischen Rattosen meuchlings ermordet worden wäre. Da machte der Erste Staatsanwalt Willk die Zwischenbemerkung: „Wenn sie es nur getan hätten!“ Gestützt auf die Angaben eines Polizeibeamten, teilte Genosse Läßbring diese Aeußerung sofort dem Gerichtsvorjehenden mit. Der in die Enge getriebene Erste Staatsanwalt bestritt die Aeußerung nicht, aber er behauptete, sich ihrer nicht mehr zu entsinnen! Das Gericht lehnte ab, ihn unter Eid über seine Aeußerung zu vernehmen, indem es diese als wahr unterstellte.

So sehen die höheren Justizbeamten aus, die entrüstete Protestresolutionen fassen, wenn ihre Unparteilichkeit angezweifelt wird.

Die Berechnung der Friedensmiete.

Im Wohnungsausschuh des Reichstages wurde am Dienstag § 2 des Reichsmietsgesetzes nach der Regierungsvorlage angenommen. Es wurde bestimmt, daß bei Berechnung der Miete von dem am 1. Juli 1914 vereinbarten Mietzins auszugehen ist. Vergütungen, die in der Friedensmiete für Heizstoffe, Sammelheizung oder Warmwasserversorgung oder für andere von der obersten Landesbehörde bestimmte Nebenleistungen enthalten sind, sollen abgerechnet und die oberste Landesbehörde ermächtigt werden, für die abzurechnenden Beträge Hundertsätze der Friedensmiete festzusetzen. Wenn über die Höhe der Friedensmiete Streit oder Unklarheit besteht, so soll sie auf Antrag eines Vertragsmittels von dem Einigungsamt festgestellt werden. — Abg. Silber Schmidt (Soz.) hob in der weiteren Beratung den Vorteil der Vorlage hervor, daß sie die großen Instandsetzungsarbeiten, die vom einzelnen Mieter nicht getragen werden können, auf die Allgemeinheit abwälzt. Eine Ordnung, die allen Leuten, Mietern und Vermietern gerecht wird, ist schleunigst herbeizuführen. Ein vom Redner gestellter Antrag umschreibt die laufenden Instandsetzungsarbeiten. Die Abstimmung über die § 4 bis 6 wurden noch ausgesetzt.

Der Suftag in Thüringen aufgehoben.

Weimar, 8. November. (W.P.) Der thüringische Landtag hat in seiner heutigen Sitzung gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien die Aufhebung der Suftage als gesetzliche Feiertage beschlossen. Als Uebergangsmaßnahme soll auf Wunsch Urlaub für die Lehrer und Schüler zum Kirchenbesuch gewährt werden. Der Landtag vertagte sich darauf bis Anfang Dezember.

Zum deutschen Gesandten in Lissabon ist der bisherige Vertreter Deutschlands in Finnland Dr. Wallret ernannt worden. Der bisherige deutsche Geschäftsträger von Madagwy erhält einen anderen Posten. Die Aufgabe der Ernennung wird von der lissabonischen Presse als Zeichen der Annäherung begrüßt.

Es ist Revolution!

Zur Erinnerung an den 9. November 1918.

Feucht und häßlich glänzte der nasse Asphalt. Die Häuser hüllten die Giebel in schwärzlichen Nebel ein. Es war, als schüttelte sich die Stadt vor Elend, und alt und hungrig, verzerrt und angstvoll krochen die Menschen hinein in die knarrenden Tore, die freischwebenden Treppen hinauf, warfen sich auf das Lager, mäde und ausgepumpt.

Tausenden tat sich nach Arbeit und Iron eine Stätte des Elends auf, Heimat genannt, verkommen, vereinsamt, verclumpt.

Eine Frau sah sich an diesem Tage nach Hause gehn. Einen Knaben, ein blaßes Kind, führte sie an der Hand. Ihre Augen waren in Furcht und Leiden so abgewandt ins Weislose, als wäre ihnen der Erde Furchtbarstes geschehn. Wie sie so mit Schritten, als trüg' sie ganz untragbare Last, die ihren Rücken niederdrückte, ihre Brust zusammenzwang, die Strafe hinschritt, stürzte in wilder Hoff ein Soldat ihr entgegen, leuchtend die grauen Häuser entlang, eine Fahne in der emporgeschleuderten Hand, im Gesicht Triumph, Sieg, Aufsicht, Vergeltung und Hohn, und schrie, brüllte, pauerlos, unerschrocken: Es ist Revolution! Es ist Revolution!

Das Weib stand plötzlich, wie es den Soldaten, die rote Fahne sah, wie es den heiseren, gelenden Schrei vernahm, starr, als wenn ihr das heiligste Wunder gescheh, als wenn plötzlich ein Engel zu ihrer Erniedrigung kam. Stand, während Laufen von tausend Schritten kam, wie gedankt, schrie, während sie plötzlich von Kraft befeht ausschritt, schrie mit dem gleichen Ton von Triumph, Sieg, Vergeltung und Hohn, was sie glaubte, hoffte, dardte, fürchtete, litt, ungeheuer mit den Worten hinaus: Es ist Revolution!

Und ausschreitend wieder: Es ist Revolution! Cief mit den Tausenden, die sich zusammengeballt, wie eine dunkle, drohende, sieghafte Allgewalt, und schrie, wie tausend Stimmen schrien: Es ist Revolution! Bitterster Jahre Leid rauschte in diesem Wort. Tod und Angst und Entsetzen verankt in diesem Wort. Die Zukunft, das Licht, das Glück brannte in diesem Wort. Die Befreiung der Menschheit sang in diesem tausendfältig gesungenen Wort.

Das Kind hielt sich angstvoll an den Schultern der Mutter fest. Tausend Menschen sangen den gleichen Jubelgesang. Das Weib, eben noch elend und schwach, hatte Eroberung, und an dem stammenden Wort hielt sie sich wie an stützenden Armen fest.

Ueber der dunklen Stadt glühte es auf wie himmlisches Licht.

Menschheitshoffnung besiegte der Sterne jähsthaften Schein. Wie schritten geschlossen, alle mit einem verklärten Menschengeficht und Strahlen in hohen Händen in die Zukunft hinein.

Hans Gathmann.

Revolutionsdrucke.

Von Edwin Rudolph.

Die eigentlichen Novembertage waren arm an Neuauflagen; denn noch standen wir alle zu erschüttert vor der Tatsache, daß nach vier Jahren unmenschenwürdiger Opfer doch nichts anderes als der oblige Zusammenbruch unter Bos sein sollte. Bewußt, der Sturm der neuen Zeit war allgewaltig und wir erlebten den Zusammenbruch zugleich mit dem freudigen Bewußtsein, daß er die Befreiung von allem Blinder bedeutete. Aber Befreiung unseres Inneren Menschen war es nicht. So fehlte uns jeder Sinn, für die sich übertragenden Ereignisse ein treffendes Wort zu prägen, und vor allem fehlte uns der Humor, er fehlte uns sogar für die Poesie, die uns Wilhelm der Dritte als würdigen Abschluß seiner Traikomedie vor aller Welt auführte. Vor allem fehlte uns in den Novembertagen das Lied, das die Massen ergriß und sie anführte.

Sehen wir von der Larmenge der Flugblätter ab, die sich einander den Borrang abzufragen suchten, so waren die ersten Druck-erzeugnisse, die die Presse verteilte, die Plakate. Es begann eine Plakatiererei ohne Gleichen. Die Plakatierung begann an allen Orten mit den Grüßen der sozialistischen Republik an die heimkehrenden Soldaten, mit den Aufrufen der Arbeiterräte, sich der Revolution anzuschließen. Sie prangten an allen Mauern, Häusern und Randelältern, um alsbald den Plakaten der Regierung Platz zu machen, die von ersten Künstlern entworfen eine große Wirkung hatten. Die ersten waren reine Schriftplakate, deren Text nur kurz sein konnte. So brachte ein großes Plakat von über einem Quadratmeter nach einem Entwurf von H. R. Cag nur die Worte: „Arbeiter hilft“ in großen roten Buchstaben, dann in weih auf rotem Grunde: „am Aufbau der sozialistischen Republik“, dann wieder rot auf weih: „Deshalb Selbsthülfe! Einigkeit! Geschlossenheit!“

Wie die Probleme in den Köpfen der Massen, so begannen auch die Plakate, sich einander abzupösen. Demobilisierung, nach der man sich so lange gekämpft und von der jetzt so viele nichts wissen wollten, Arbeit, Brot, Frieden — dieses Jaen brachte Heinz Richers sehr wirkungsvoll zum Ausdruck in einem Plakat, auf dem er einen in voller Haft dahinsinkenden Demonstrationsmann Tafeln mit den Worten, auf die es jetzt ankam, tragen ließ. Diese Reihe der Plakate wurde abgelöst durch die Frage, die die Volkseidenschaft noch einmal bis in Abarndtiefe aufwühlte: Nationalversammlung oder Räteherrschaft? Ein roedrechter Wettkampf begann nunmehr um die größte Wirkung. Manchmal schlen es, als seien die stärksten Talente auf der Seite der Räteherrschaft zu finden, aber schließlich überhäuerten sie sich und erbeuten in blühigen Schreidiskursen. Diese Serie führte dann über in die Taburovonganda, mit der sich die Parteien nicht aenus tun konnten. Auch die Kommunisten wett-eiferten mit den andern, aber als Geener der Beteiligung. Aus der großen Menge sei als besonders schön und wirkungsvoll ein von

Richtsch entworfenes Plakat hervorgehoben, das einen kleinen Buben zeigt, Bluse und Hose mit kleinen lauberen Fäden, der Gesichtsausdruck mit einer liebreichenden Bitte und von erstem Berstehen, die eine Hand lässig im Hosensaß, die andere mahndend erhoben: „Mutter! Denk an mich! Wähle sozialdemokratisch.“ Es war in Sinn und Auffassung das Beste, das überhaupt herauskam.

In den Tagen der Plakatiererei hub eine Flut von Zeitschriften an, neben rein literarisch-künstlerischen, die politischen und die „revolutionären“. Daneben machte sich eine Unmenge von Schmutzliteratur überster Sorte breit. Von den vielen „Wah“blättern kommunistischer Tendenz schien es, als strebten sie danach, dem Schund den Rang abzulaufen. Es war ihnen nichts zu gemein, die junge Republik und ihre Vertreter und Verteidiger damit zu bewirren. Unsere alten Wählblätter verfolgten völlig.

Wie in der Politik des Tages und später auch im Reichstag, so zeigten sich Kapitalismus und Vnkstradikalismus als Vater und Sohn, Hand in Hand zu gemeinamem Kampf gegen die Republik auch in der Presse. Wenn die illustrierte Wochenschrift der „Deutschen Tageszeitung“ die Regierung der neuen Republik als eine vornehmliche Taggesellschaft zeigte, so wahrte hier der Feldner noch Anstand. Ebenfalls betadeln konnte man das Bild „Im Schatten der Titanen“, die Ober-Hülte vor dem Nationaltheater in Weimar auf dem Sockel des Goethe- und Schillerdenkmals. Aber Ebert auf dem Thronfessel darzustellen mit dem Ausspruch: „Proletarier, schlägt euch den Schädel ein“, oder Erbergerger auf dem Blutauer, der dem Arbeiter den letzten Tropfen Blut als Steuer abzupft, wie es der „Reichsgeist“ für das revolutionäre Proletariat tat, das war ohne jeden Witz und alles andere als revolutionär, das konnte im Dienste des Kapitalismus nicht besser gemacht sein.

Ein Buch von löstlichem Humor hebt sich über alle anderen: „Der umgestürzte Huber“ von Julius Krois, Tagebuchblätter und Zeichnungen aus der Revolutionszeit von dem als Julius Gudin'luft bekannnten Münchner. Der umgestürzte Huber ist der revolutionär gewordene Münchener Hofkuchendirektor, der unter seinem roten wasserlichten Regenkleid kein blaßes Gesichtes Speicherm getreulich bewahrt und der alte Bierbankpolitiker bleibt. Hier hat selbstredend Witz die Feder und den Zeichentisch geführt. Das Genetstück bilden die „Bremer Sturm-tage“, die Revolutions-tage in Bremen, dargestellt in 50 Bildern nach Notierungen von Ida C. Ströber. Hier hat der ewaltige Ernst der Erschütterungen den Stiff der Künstlerin geleitet und ein Werk von bleibendem Wert geschaffen, das uns heute noch beim Durchblättern wachsig anpackt. Jedes Bild ist Erschütterung, Aufrubr, Kläse. Leider das einzige Werk dieser Art, das wir aus der Revolutionszeit aufzuweisen haben.

Das Karlsruher Schloßmuseum. Auch Karlsruhe hat nun sein Schloßmuseum erhalten. Dieses neue badische Landesmuseum, das vor kurzem eröffnet wurde, hat die „historischen Zimmer“ des Karlsruher Residenzschlosses in ihrem ursprünglichen Aussehen beibehalten. An diese Räume schließt sich die Waffensammlung vom 15. bis 18. Jahrhundert an, die der Großherzog dem Landesmuseum überlassen hat. Das eigentliche Museum ist im linken Flügel untergebracht. Auch hier wurde zwischen Studien- und Schaufammlung unterschieden. In daß das Landesmuseum selbst nur die vorzüglichsten Werke in lockerer Aufstellung zeigt.

Verringerung der Besatzungskosten?

Paris, 8. November. (WZ.) Haavos veröffentlicht einen Bericht der Kommission, die auf Grund des Beschlusses des Obersten Rates vom 30. August über die

Herabsetzung der Besatzungskosten

und der Unterhaltungskosten mit den verschiedenen Zivilverwaltungen im besetzten Gebiet beraten hat. Nachdem die Kommission auf der Grundlage des Besatzungsbestandes die Höhe der Ausgaben für das Besatzungsheer festgestellt hat, ist sie zu dem Ergebnis gekommen, daß die Kosten für das Jahr 1922 um 22 Millionen geringer sind als für die vergangenen Jahre. Die Kommission hat andererseits verfügt, ein vollständiges Budget aufzustellen für die Leistungen, die Deutschland nach Artikel 8 bis 12 des Krieges zum Friedensvertrag von Versailles zu zahlen. Es handelt sich hier um die Unterbringung der Mannschaften und Offiziere, um die Stellung von Licht und Heizung und den Transport der Truppen zu Wasser und zu Lande, ferner um die zu gewährende Postfreiheit. Verschiedene Vorschläge seien gemacht worden, um eine noch stärkere Verminderung der Kosten als die angeforderten zu erzielen, aber die verschiedenen Delegationen hätten

zu keinem einheitlichen Beschluß

kommen können. Infolgedessen sei ein Programm aufgestellt worden, das dem Obersten Rat zur Annahme empfohlen wird, in dem allerdings nicht die zu erzielende Herabsetzung der Ausgaben beziffert ist, das aber betont, daß durch gemeinsame Anstrengungen ein Erfolg zugunsten der Reparationen erzielt werden müßte.

Um zu einem derartigen Ergebnis zu gelangen, werde die Schaffung eines Ausschusses vorgesehen, der aus Vertretern der verschiedenen Besatzungsheere zusammengesetzt ist. In einem umfangreichen Resolutionsentwurf seien in allen Einzelheiten die Grundlagen mitgeteilt, die für die Regelung der Kosten der Besatzungsheere zur Anwendung gelangen unter Einbeziehung der Anstrengungen, die gemacht werden könnten, um sie herabzusetzen. Die Kommission habe auch die Frage der Ausgaben für die Zivilkommissionen geprüft, dabei aber die Prüfung der Unterhaltungskosten für die militärischen Kontrollkommissionen beiseite gelassen. Die Kommission habe festgestellt, daß außer der internationalen Oberkommission für die Rheinlande, deren Tätigkeit mit der Okkupation aufhöre, die meisten vom Friedensvertrag vorgesehenen Kommissionen, deren Listen Deutschland zu zahlen, ganz oder teilweise demnachst ihre Arbeit beenden werden. Was die rheinische Oberkommission anbetreffe, so habe die Kommission gefunden, daß es unmöglich sei, Vergleiche zu ziehen zwischen den Kosten der verschiedenen Delegationen angesichts der Entfernungen, die die verschiedenen Okkupationszonen trennen. Die Kommission hat jedoch für möglich gehalten, dem Obersten Rat vorzuschlagen, die rheinische Oberkommission zu erforschen, in eine ernsthafte Prüfung der Maßnahmen einzutreten, die die Herabsetzung der Kosten aller Kategorien von Ausgaben herbeiführen könnten, damit sie auf ein mit ihrer Mission im Einklang stehendes Minimum zurückgeführt werden könnten.

Um die Verwendung deutscher Arbeiter.

Paris, 8. November. (WZ.) In der Unterredung, die Minister Loucheur gestern mit Vertretern verschiedener Organisationen über den Wiederaufbau der 11 Ortschaften in der Gegend von Chaumes hatte, erklärte er, der Hauptzweck sei, die Ordnungsmassnahmen zu prüfen für den Fall, daß deutsche Arbeiter beschäftigt würden. Das Gelingen eines derartigen Unternehmens sei abhängig von der formellen Zustimmung der Bevölkerung. Auch die Geschädigten müßten durch Unterschrift die Vorschläge annehmen. Inzwischen könne er dem Studium nur einen vorläufigen Charakter zuerkennen. Die in Aussicht genommenen Maßnahmen des Allgemeinen polizeilichen Sicherheitsdienstes zur Sicherstellung der Ordnung wurden angenommen. Eine neue Zusammenkunft wird nicht stattfinden, solange nicht die Liste der Geschädigten mit ihrer Zustimmung dem Präfekten des Departements Somme übermittelte worden ist.

Kartoffeln.

Von Ernst Degner.

Das Ernährungsministerium — ich weiß nicht, ob der Rame Unterernährungsministerium bereits eingeführt ist — gibt an: Von Kartoffelmangel kann keine Rede sein, der Ertrag der Ernte wird auf 24 Millionen Tonnen geschätzt. Trotzdem sind Kartoffeln teuer. Zunächst dachte ich an Wucher. Aber der „Kartoffel-Anzeiger“ verteidigt den hohen Preis, indem er drei Zuschriften von Landwirten veröffentlicht. Der eine schreibt: „Daß der Bauer für einen Dampfdreschjah mit 12 000 M. Normalpreis jetzt 250 000—300 000 Mark zahlen muß, das fällt nicht ins Gewicht!“ Da haben wir's wieder! Die Stadtleute schimpfen und haben keine Ahnung von der Landwirtschaft. Ich muß zugeben, ich hätte es tatsächlich nicht für möglich gehalten, daß Kartoffeln gedroschen werden müssen. Er schreibt weiter: „Von den Böden soll gar nicht gesprochen werden.“ Ist auch nicht nötig. Kartoffeln kosten das Vierzigfache des Friedenspreises, und die Landarbeiter bekommen demgemäß bekanntlich vierzigfachen Friedenslohn. Und trotzdem hat der gute Landwirt noch Schwierigkeiten, genügend Arbeitskräfte zu bekommen. Wie sollte man sich sonst die Anschläge am schwarzen Brett der Berliner Universität erklären: „Student gesucht zur Kartoffelernte!“

An demselben schwarzen Brett finden wir folgendes Angebot:

Hausheer,

deutschnational gesinnt, für vier Knaben, Realgymnasium, gesucht. Gewährt wird freie Wohnung und Verpflegung und 150 bis 200 Mark monatlich.

Da sieht man, was für horrenden Löhne gezahlt werden müssen. Bereits nach einmonatiger Tätigkeit kann sich der Student für den Erlös seiner Arbeit einen Anzug und ein Paar Stiefeln kaufen. Und was noch dazu das Essen kostet! So verstehen, wie heutzutage Studenten sind. Da muß die gebildete Hausfrau ihren ganzen Charme aufbieten, um den Hungerleider im Zaum zu halten. Sie sagt z. B. bei Tisch: „Ach, mein Mann und die Kinder sind satt. Wünschen Sie vielleicht noch etwas, Herr Kandidat?“

In der Staatsoper wird Mittwoch wegen mehrfacher Erkrankungen statt „Luzinda“ und „Alicelmo“ „Djaggi“ und „Alicelmo“ gegeben.

Musikrevue. Der Komponist Jean Gilbert dirigiert am Freitag, Samstag und Sonntag seine Operette „Jung muß man sein“ im Schauspieltheater.

Witres Memoiren. Der erste Band der Memoiren des früheren russischen Ministerpräsidenten Witres ist in der russischen Originalsprache im Glomow-Verlag in Berlin erschienen.

Hanna Ritter. Eine der wenigen deutschen Dichtinnen, die in den letzten Jahrzehnten mit einem einzigen Bande schlugen, innig, vielfach erliebter „Gedichte“ Erfolg und Ruhm erlangten, ist in Nordsee — 56 Jahre alt — gestorben.

Frankenterror im Völkerbundstaat.

Saarbrücken, 8. November. (WZ.) In der heutigen Stadtverordnetenversammlung, die zu der Regelung der städtischen Besoldung und zum Streit Stellung nehmen sollte, erklärte der sozialdemokratische Abg. Schaefer im Namen der drei großen Fraktionen, daß die Stadtverordnetenversammlung nach wie vor auf ihrem Beschlusse bestesse. Das Verbot der Regierungskommission, diesen Beschlusse auszuführen, insbesondere irgendwelche Gehaltserhöhungen in Markt auszuführen, stelle einen unzulässigen Eingriff in die Selbstverwaltung dar und zwingt die Stadtverordnetenversammlung, sich beschwerdeführend an den Völkerbund zu wenden. Der Bürgermeister verlas dann ein Schreiben der städtischen Beamten, die den Präsidenten der Regierungskommission bitten, vom Ausschichtsrecht des Eingreifens Gebrauch zu machen, und ein Schreiben des Präsidenten Raoult, der mitteilt, daß er der Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit geben wolle, von ihrem Beschlusse abzugehen und der Verordnung Geltung zu verschaffen. Sollte jedoch innerhalb 48 Stunden kein entsprechender Beschluß gefaßt worden sein, so sehe er sich gezwungen, insolge der durch den Streit geschaffenen unhaltbaren Zustände die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Darauf erklärte Schäfer: Ich spreche im Namen meiner Fraktion, wenn ich sage, daß wir bei dem bleiben, was wir vorher erklärt haben, und es der Gewalt überlassen, die Angelegenheit zu regeln. In ähnlichem Sinne sprachen sich die liberal-demokratische Arbeitsgemeinschaft und das Zentrum aus. Dann wurde mit allen gegen fünf kommunistische Stimmen der interfraktionellen Erklärung zugestimmt und das Verlangen der Regierungskommission abgelehnt. Darauf verließen die Stadtverordneten unter Protest einmütig den Saal.

Auf Antrag der französischen Besatzungsbehörde hat die Saarregierung neuerdings wieder mehrere Eisenbahnbeamte ausgewiesen. Der Grund soll unständliches Verhalten gegen einen französischen Offizier sein; sie hatten eine Forderung des Offiziers abgelehnt, weil ihre Ausführung technisch einfach unmöglich war.

Aus Elßah-Lothringen sind im September 1104 Personen ausgewandert. Davon sind 117 Personen ausgewiesen und 987 freiwillig gerast.

In Eupen-Malmédy herrscht unter der katholischen Einwohnerheit große Erregung darüber, daß die nach August 1914 nach Eupen gekommenen Geistlichen nur bis Ende dieses Monats verbleiben dürfen. Ein deswegen an den Bischof von Lüttich gerichtete Schreiben ist bis jetzt unbeantwortet geblieben.

Erweiterte Sowjetamnestie.

Moskau, 8. November. (OZ.-Funktspruch.) Das Ausrussische Justizministerium hat anlässlich der vierten Jahrestag der bereits gemaßte Amnestie auch auf die wegen gemeiner und politischer Verbrechen zu Gefängnisstrafen in Sowjetrußland Verurteilten ausgedehnt.

Lenin blamiert die Kommunisten.

Moskau, 8. November. (OZ.-Funktspruch.) In einem Artikel der Moskauer „Pravda“ vom 6. November schreibt Lenin:

Im Vergleich zu unserer früheren revolutionären Methode ist die neue Wirtschaftspolitik scheinbar ein Reformismus. Die Menschewisten meinen, wir hätten mit dem Reformismus beginnen müssen. Das ist Sophismus oder Gaunerei. Es ist jedoch lächerlich anzunehmen, daß eine große Revolution unbedingt alle Aufgaben auf allen Gebieten auf revolutionäre Weise lösen müsse. Der Brester Friede war schlimmer als aller Reformismus, ist aber heute als richtige Taktik anerkannt. Beendet ist nur die bürgerlich-demokratische Periode unserer Arbeit. Die proletarische oder sozialistische Periode zerfällt in drei Teile: 1. die bereits vollzogene Abkehr vom Imperialismus, die in den anderen vorgeschrittenen Ländern noch durchzuführen ist, 2. die noch unvollendete Schaffung des Sowjetsystems und 3. das Wesentlichste: die Befreiung des Handels und der Industrie. Der Handel ist das einzig mögliche Band zwischen dem Kleinbauern und der Großindustrie. Die gegenwärtigen Reformen sind nach dem Siege des Proletariats eine notwendige Zwischenpause. Je geringer die Vorurteile sind, mit denen dieser Rückzug unternommen wird, desto sicherer und rascher wird später der neue Vorstoß verlaufen.

Lenin verbrennt also, was die Kommunisten (nach seinem höchsten Beispiel) uns mit Feuer und Schwert zwingen wollten, anzubeten.

Der Petsjura-Krieg.

Warschau, 8. November. (OZ.) Auf die bei Schmerinka konzentrierten Hauptkräfte der Sowjettruppen rücken von verschiedenen Seiten aufständische ukrainische Abteilungen vor. Winniha ist von den aufständischen besetzt. Aufständische haben die Eisenbahnbrücke über den Leterew (Kiew—Kowelser Bahn) zerstört. Im Gouvernement Podolien sind gleichfalls Aufstände ausgebrochen. Bei Lirapol sind Abteilungen Machnos aufgetaucht.

Der tschechisch-polnische Vertrag.

Prag, 8. November. (WZ.) Dem „Dobrodni“ (Montagsblatt) zufolge enthält das tschechisch-polnische Abkommen eine Bestimmung, wonach sich die beiden Staaten in Angelegenheiten, an denen einer von ihnen nicht direkt interessiert ist, gegenseitige Neutralität verbürgen, während sie sich in den beide Republiken berührenden Fragen gegenseitig unterstützen. Das Abkommen ist nicht gegen Rußland gerichtet, es enthält keinerlei territoriale Forderungen. Die Tschechoslowakei übernimmt keine Bürgschaften für die Osgrenzen Polens, sie verpflichtet sich jedoch, sich in die ostpolnischen Probleme nicht einzumischen.

Welche Tendenz hat in Paris gesiegt?

In der „Freiheit“ nimmt Ledebour zu der Frage der sozialistischen Einigung Stellung, wie sie auf dem französischen Parteitag in der vergangenen Woche zur Debatte gestellt wurde. Aus seiner Darstellung müßte man den Eindruck gewinnen, daß der Kongress sich mit seinem Standpunkt, d. h. mit der Verschleppungspolitik des Wiener Exekutivkomitees aus der Londoner Einigungskonferenz einverstanden erklärt habe. Er stützt sich dabei auf einen Satz Longueus im „Populaire“, wonach es nicht zweifelhaft sei, daß von den verschiedenen Anregungen zur Vermittlung der internationalen Einigung diejenige von Ledebour die meiste Zustimmung erhalten habe. Ledebour vergißt aber hinzuzufügen, daß es sich bei diesem Artikel von Longuet um ein subjektives Stimmungsbild und um eine nicht minder subjektive Stimmungsmache handelte: Longuet, der in London mit Adler, Grimm und Ledebour konform gegangen war, versuchte eben mit diesen Zeilen die Delegierten vor der Abstimmung in seinem Sinne zu beeinflussen.

In Wirklichkeit ist es bei aller Kompromißerei, die das Merkmal aller am Schluß des Kongresses angenommenen Resolutionen bildet, unzweifelhaft, daß in der Sache nicht die Tendenz Longuet-Ledebour, sondern die entgegengesetzte Richtung Renaudel-Grumbach den Sieg davongetragen hat. Longuet-Ledebour wollten von einem Versuch, die Wiener und die Londoner

Internationale zusammenzubringen, nichts wissen, ehe nicht auch die Moskauer Internationale sich gleichfalls zur Einigung bereit erklären würde. Renaudel-Grumbach erklärten dagegen ausdrücklich, man dürfe nicht die Einigung an den Kommunisten scheitern lassen. Dieser Standpunkt findet aber sinngemäß seinen Ausdruck in der angenommenen Resolution. Es käme fast einer Irreführung der deutschen Arbeiterklasse gleich, wenn man den kompromissartigen Charakter der Schlusresolution dahin deuten wollte, daß sich der französische Parteitag mit den Haarspaltereien Adlers, Longueus und Ledebours, durch die die Londoner Konferenz leider gescheitert ist, identifiziert habe. Glücklicherweise ist das Gegenteil der Fall.

Mißglückte Denunziation.

Wegen der Vorgänge am roten Sonntag hatten die Potsdamer Deutschnationalen eine Anzahl Führer der Antikommunisten bei der Staatsanwaltschaft Potsdam wegen „Landfriedensbruchs“ angezeigt. Nimmehr teilt der Oberstaatsanwalt mit, daß das Verfahren gegen sämtliche Angeklagte eingestellt worden ist.

Revolutionsfeiern in Sachsen. Ministerpräsident Buch hat angeordnet, daß am 9. November als dem dritten Jahrestage der Gründung der deutschen Republik die Regierungsgebäude in den Reichsstaaten besetzt werden. Die Sozialisten planen für den Abend des genannten Tages einen Fackelzug durch die Hauptstraßen der Stadt.

Wirtschaft

Der Aderlaß der deutschen Volkes.

Die Valutakrankheit, die jetzt die deutsche Volkswirtschaft erfährt, hat alle Preise maßlos in die Höhe treibt und für die Lebenshaltung des deutschen Volkes die schmerzlichen Befürchtungen weckt, rückt von selbst die Beobachtung des Außenhandels in den Vordergrund. Von ihm hängt es in hohem Maße ab, ob die Valuta sich noch weiter verschlechtern kann oder nicht. Wird der Wert der Ausfuhr größer als derjenige der Einfuhr, haben wir einen Ueberschuß an erzeugten Waren über den Bedarf, so übersteigen die Erträge, die das Ausland für gelieferte Waren an Deutschland zu zahlen hat, und der Wert der Mark muß sich naturgemäß heben. Nun war Deutschlands Handelsbilanz immer passiv. Seine großen Guthaben im Ausland, seine große Schifffahrt und andere Leistungen, die es auf anderen Wegen als über die Warenausfuhr leistete, gleichen den Unterschied aber aus. Seit dem Kriege jedoch hat sich der Einfuhrüberschuß bedeutend erhöht, die übrigen Einkünfte fremder Währung kamen durch die Ablieferung der Handelsflotte und durch die Liquidierung des ausländischen Besitzes deutscher Reichsangehöriger so gut wie ganz in Fortfall, und so bleibt Deutschland vorerst nur die Möglichkeit, durch eine Erhöhung der Warenausfuhr und ihres Wertes seine Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen. Die Schuldseite ist durch die Reparationsverpflichtungen neu und in erhöhtem Maße belastet. Wo steht es nun mit dem Außenhandel selbst? Die folgende Tabelle gibt über die Entwicklung der letzten Monate nach den Zahlen des Statistischen Reichsamtes Auskunft:

| | Einfuhr Menge in Millionen Doppelzentner | Wert in Mill. Mark | Ausfuhr Menge in Millionen Doppelzentner | Wert in Mill. Mark |
|-------------------------|--|-----------------------|--|-----------------------|
| August 1921 | 21,10 | 8418 | 18,27 | 6683 |
| Juli 1921 | 19,24 | 7580 | 15,58 | 6212 |
| Juni 1921 | 18,28 | 6409 | 15,08 | 5483 |
| Mai 1921 | 15,84 | 5486 | 11,45 | 4558 |
| Dezember 1920 | 20,07 | — | 17,58 | 7888 |

Danach haben also Ein- und Ausfuhr der Menge und dem Werte nach beträchtlich zugenommen. Die verhältnismäßig günstigen Differenzen des Monats Dezember v. J. sind im August dieses Jahres bereits überholt. Die Steigerung der Einfuhr erstreckt sich vor allem auf die Gruppe Lebensmittel, die allein 2,6 Millionen Doppelzentner mehr als im Juli eingeführt hat, während andere Einfuhren, so besonders die von Erzen zurückgegangen sind. Die Steigerung der Ausfuhr wird von der Zunahme des Exports von Kohle und Eisen in der Hauptsache bestritten.

Die Erhöhung der Ausfuhr erklärt sich zu einem guten Teil aus der verschlechterten Valuta. Sie erleichtert der deutschen Industrie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, beschafft ihr so erhöhte Beschäftigung; es schien fast, als sollte die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung dadurch einigermaßen ausgeglichen werden. Da macht sich aber die Tatsache bemerkbar, daß mit der Verschlechterung der Valuta zwar die Einfuhr im Werte stieg, die Ausfuhr aber längst nicht den gesteigerten Erlös brachte, den man erwarten mußte. In demselben Maße, wie der Dollarkurs stieg, stieg auch der Einfuhrüberschuß dem Werte nach, obwohl er der Menge nach geringer wurde! Die allgemeine Entwicklungsrichtung zeigt folgende Gegenüberstellung:

| Einfuhrüberschuß Menge in Millionen Doppelztr. | Mai | Juni | Juli | August |
|--|-------|-------|-------|--------|
| 8,89 | 8,15 | 3,66 | 2,83 | |
| Wert in Millionen Mark . . . | 928 | 977 | 1368 | 2735 |
| Preis eines Dollars im Monatsdurchschnitt | 62,80 | 69,88 | 76,67 | 84,31 |

Danach stieg zu gleicher Zeit, wo der Dollarkurs von 62,80 auf 84,31 hinaufging, der Wert der Reineinfuhr auf fast das Dreifache, während der Menge nach der Ueberschuß der Wareneinfuhr zurückging, also eine Besserung der Handelsbilanz ankündigte. Es vollzieht sich also ein Aderlaß an der deutschen Volkswirtschaft, die an das Ausland ihre Waren billiger abgibt, als sie dort wert sind. Wenn schon bei so geringen Valutaveränderungen dieser Verlust so deutlich wird, wie groß mag er erst sein, nachdem der Dollar auf 810 zu stehen kommt?

Es gibt kein Beispiel, das eindringlicher zeigte, wie notwendig die jetzt von den Interessenten bekämpfte Außenhandelskontrolle und ihr gemeinwirtschaftlicher Ausbau ist!

Immer weiter . . . Die weitere Entwertung der Mark an der gestrigen Börse geht aus folgender Gegenüberstellung der amtlichen Notierungen für die wichtigsten fremden Zahlungsmittel hervor: Ein Dollar gestern 209,89, vorgestern 286,71; 100 holländische Gulden 10 589,40, vorgestern 10 480,50; 1 Pfund Sterling 1178,80, vorgestern 1128,58; 100 französische Franken 2237,75, vorgestern 2197,80; 100 Schweizer Franken 5744,25, vorgestern 9684,30.

Die Spekulation den Reichen. Der Börsenvorstand hat beschlossen, daß vom 1. Dezember d. J. ab in Dividendenwerten nur Aufträge von 5000 M. und dem Mehrfachen hiervon bzw., soweit es sich um Aktien in Stück von 600 und 1200 M. handelt, von 6000 M. und dem Mehrfachen hiervon von den Kursmaklern zur Ausführung angenommen werden dürfen und daß nur Geschäfte in diesen Beträgen Anspruch auf Berücksichtigung bei der amtlichen Kursfestsetzung haben. — Wir haben es immer bekämpft, daß Aktiengesellschaften und Banken durch ihre Politik während der Geldentwertung die Kleinspekulation gereizt haben, so daß heute fast alle Preise spekulieren. Jetzt beschränkt die Börse den Handel auf größere Mengen, also Großbesitzer. Die Spekulation an der Börse wird den Reichen überlassen; damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Kleinspekulation aufhört. Sie muß ihre Papiere verwerten können und wird darauf angewiesen sein, die Papiere mit größeren Aufträgen zusammen von der Bank erledigen zu lassen ohne die Gewißheit zu haben, daß sie an einem bestimmten Tage zu einem bestimmten Kurse gekauft oder verkauft werden. Oder aber sie wird sich in Gruppen vereinigen und so Sammelaufträge ausgeben. Die Banken werden weiter ihre Tips ausgeben, die Aktiengesellschaften weiter ihre Kapitalisten verwirren und unsinnige Dividenden ausschütten — doch die Moral ist gerettet!

Gewerkschaftsbewegung

Neue Unruhe im Gastwirtsgewerbe.

Mahreglungen der Angestellten.

Anstatt sich an die getroffenen Vereinbarungen zu halten, die freitenden und ausgesperrten Angestellten wieder einzustellen, scheint ein großer Teil des organisatorisch offenbar schlecht disziplinierten, dafür aber um so prozigeren Unternehmertums nunmehr an den Angestellten Rache zu üben, sie auf der Straße zu lassen und ihre Organisation zu ruinieren.

Entgegen den protokolllarischen Festlegungen des Schiedsgerichts über die Wiedereinstellung, entgegen den weiteren mündlichen Zusicherungen, wird selbst in den Betrieben, die während der Bewegung geschlossen waren und gegen die geringste unternommen wurde, wie z. B. im „Kaiserhof“, Musterung gehalten. Die Unternehmer haben einer gelben Organisation auf die Beine geholfen und machen zur Bedingung für die Wiedereinstellung, daß die Angestellten ihrer Organisation den Rücken kehren und dieser gelben Vereinigung beitreten. Sie müssen erst deren Mitgliedsbuch vorzeigen, durch deren „Arbeitsnachweis“ gehen, dann sollen sie erst der Gnade teilhaftig werden, wieder zur Arbeit zugelassen zu werden.

Die Unternehmer — durch deren unglaubliches Verhalten der Streik erst provoziert und über fünf Wochen lang hingezogen wurde — legen damit ihrem wenig sympathischen Treiben die Krone auf. Wie vereinbart sich die Niederträchtigkeit, die Angestellten mit der Hungerpeinliche in die gelbe Vereinigung zu treiben, mit den Versicherungen ihrer Verbände, daß „von Zertrümmerung der Angestelltenorganisation keine Rede“ sein könnte? „Wir wollen weder das Koalitionsrecht beschränken, noch eure Organisation oder Gewerkschaft antasten“ erklärte die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände. Hat diese Arbeitsgemeinschaft nicht die Absicht oder nicht den Willen, diese Erklärungen aufrechtzuerhalten?

Glaubt man die unter der Autorität des Reichsarbeitsministers abgegebenen Versicherungen bezüglich der Wiedereinstellung der Angestellten nicht halten zu müssen? Will man den Schiedspruch, nur soweit er auf die 10 Prozent Zuschlag für das Publikum Bezug hat, gelten lassen und sich im übrigen über den Schiedspruch lustig machen?

Die Herrschaften treiben ein sehr gemagtes Spiel! Sie sollten sich überlegen, daß die Tausende von Ausgesperrten das ihnen zugefügte Unrecht, die unerhörte Provoaktion, nach allem was vorgegangen ist, nicht ruhig hinnehmen werden, sich weder dem Hunger noch der gelben Seuche ausliefern lassen. Sie selber tragen die Verantwortung für alles, was daraus immer entsteht!

Wir bitten die Angestellten, sich nicht provozieren und zu Ungehörigkeiten verleiten zu lassen, obgleich wir verstehen müssen, daß eine ganz außerordentliche Maß von Besonnenheit dazu gehört, ruhig zu bleiben, wenn gegen den hungerigen Magen die Hungerpeinliche geschwungen wird. Auf alle Fälle muß den Ausgesperrten geholfen werden, ihr Recht auf Arbeit vor Willkür geschützt werden!

Ein Appell an die Einsicht der Unternehmer scheint uns wenig erfolgreich. Um so mehr müssen wir an die Staatsgewalt appellieren, die sich mit aller Kraft für die endliche friedliche Beilegung des Streiks eingesetzt hat, dafür zu sorgen, daß die getroffenen Vereinbarungen gehalten werden, damit nicht der kaum bergestellte Frieden in der unerantwortlichsten Weise gebrochen und erneut Gefahren für das Berliner Wirtschaftsleben heraufbeschworen werden.

Bei jedem Kampfe bleiben schließlich ein paar Mann auf der Strecke. Das ist nicht zu vermeiden. Doch darum handelt es sich hier nicht, sondern um eine Niedertracht gegen die Streitenden allgemein.

Mit dem Ausschuh der Gemahregelten erheben wir schärfsten Protest gegen dieses Vorgehen. Lassen die Unternehmer nicht unverzüglich von ihrem Treiben ab, dann wird die Gesamtheit der Berliner Arbeiter- und Angestelltenchaft noch ein Wort mitreden.

„Verlängerung der Arbeitszeit“!

Das ist das A und O der ganzen gegenwärtigen Unternehmerrpolitik, wie sie auf der jüngsten Tagung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in der Erklärung trat und wie sie von ihrem Organ fortgesetzt propagiert wird. In ihrer letzten Nummer behauptet die „Arbeitgeber-Zeitung“, „Der unverschämte Arbeiter verdient fast gar kein Geld mehr, als er unbedingt nötig hat; dazu braucht man nur einen Blick in die Wirtschaft, Cafés und sonstige Vergnügungsorten zu werfen.“ Demnach befände sich der unverschämte Arbeiter in der Gesellschaft der Unternehmer, nur mit dem kleinsten Unterschied, daß er in die Lokale, die von letzteren besucht werden, sich doch nicht hineintraut, zumal er auch hinsichtlich der Rede nicht ganz an deren jener heranreicht. Wer keine wirtschaftlichen Kenntnisse an solchen Orten sammelt, sollte lieber darüber schweigen. Wir wissen aber genau so gut wie der „Vorwärts“, schreibt das Schornmackerblatt, „daß im Gegensatz zum unverschämten Arbeiter die Lebenshaltung des verheirateten Arbeiters mit noch nicht verdienenden Kindern keineswegs glänzend ist.“ Doch sei sie noch wesentlich besser als die zahlreicher Beamten (welcher Beamten?) und der Rentner, die früher ihr Einkommen hatten und nun von ihrem 95 Proz. entwerteten Gelde leben.

Eine Besserung könne nur dadurch eintreten, daß ohne Verteuerung des Produktionsprozesses mehr Waren in der gleichen Zeit als bisher fertiggestellt und auf den Markt gebracht würden. Neben Vervollkommnung der Organisation der Fabriken und der Maschinen und angespannter Arbeitsweise ist das in der Hauptsache nur durch Verlängerung der Arbeitszeit zu erreichen. Das obendrein ohne Verteuerung des Produktionsprozesses, also bei gleichbleibenden Löhnen. Der Kapitalismus in unserer jehalen Lage sei ein Unfuss. Uns scheint die wohnsinnige Profitmacherei in unserer jehalen Lage ein ärgerlicher Widerspruch zu sein. Eine anerkanntere Arbeitsweise erachte sich wahrscheinlich von selber, sobald eine bessere Ernährungsweise sie ermöglichte. Dem Schornmackerwerk fast freilich von jeder leides Recht des Arbeiters, jeder Schwächung seiner Arbeitskraft und jeder Rücksichtnahme darauf, daß er doch auch noch ein Mensch ist, als Unfuss. Daran sind wir so sehr armüht, daß uns solche Urteile von dieser Seite ziemlich abschätzend sind. Weniger abschätzend aber die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, den die Unternehmer

mit eingeführt haben. Zu einer Zeit freilich, die wie die heutige Demonstration beweisen wird, von der großen Masse des Volkes nicht vergessen ist.

Gautag der Techniker.

Der Bund der technischen Beamten und Angestellten hielt am 5. und 6. November in Cottbus seinen dritten ordentlichen Gautag für den Gaubezirk Brandenburg ab. Dem Geschäftsbericht des Gauleiters Scholz war zu entnehmen, daß das Bedürfnis nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß auch in den Reihen der Ingenieure und Techniker immer deutlicher hervor-

An unsere Leser!

Infolge der heute nachmittag stattfindenden Demonstration wird die heutige Abendnummer von den Botenfrauen nicht ausgetragen, um diesen die Teilnahme an den Demonstrationen zu ermöglichen. Ebenso schließen die Ausgabestellen der Zeitungszentrale nachmittags 1 Uhr. Die Abendzeitung wird deshalb mit der Donnerstag früh erscheinenden Nummer zusammen den Abonnenten zugestellt.

Im Straßenhandel ist die Abendausgabe des „Vorwärts“ erhältlich bei allen Straßenhändlern, Kiosken usw.

Der „Vorwärts“-Verlag (Hauptredaktion und Inseratenabteilung) schließt um 2 Uhr.

Die Parteigenossen, welche von den Abteilungen zum Straßenverkauf des „Vorwärts“ bestimmt sind, werden gebeten, heute nachmittag pünktlich 1 Uhr sich in der Hauptredaktion, Lindenstr. 3, 4. Hof einzufinden.

„Vorwärts“-Verlag G. m. b. H.

tritt, wie es die Entwicklung des Mitgliederbestandes zeigt. Vertreten waren insgesamt 102 Ortsvereinigungen sowie die Hospitantengruppen, in denen die Studierenden an den technischen Lehranstalten zusammengefaßt sind.

Im Vordergrund der Verhandlungen standen Erörterungen über die Verfassungsfragen des Bundes, über die Zufuhr referierte. Der Referent vertrat den Standpunkt, daß unter Zugrundelegung des genossenschaftlichen Systems die Sicherung der sozialistischen Aufgaben zu lösen, die es gestattete, den außerordentlich veränderten Wirtschaftsverhältnissen Rechnung zu tragen. Dem aus ehrenamtlichen und beamteten Mitgliedern bestehenden Hauptvorstand muß es möglich sein, im gegebenen Augenblick weittragende Entschlüsse fassen zu können, um seiner Aufgabe, die darin besteht, für die Sicherstellung der wirtschaftlichen Existenz der technischen Berufsstände einzutreten, gerecht werden zu können. Aufhänger betonte weiter die Notwendigkeit, den Kernpunkt der Verfassung, der eine Umstellung des heutigen Wirtschaftssystems als einzige Möglichkeit für die Sicherstellung der wirtschaftlichen Existenz der Gesamtheit der Arbeitnehmer bezeichnet, klar herauszuarbeiten. Die gegenwärtig geradezu katastrophale wirtschaftliche Entwicklung verlange gebieterisch, daß die Gesamtmitgliedschaft mehr wie bisher hierauf eingesetzt werde. In der anschließenden, auf einem beachtenswert hohen Niveau stehenden Diskussion zeigte sich, wie gerade der Techniker den außerordentlich komplizierten Wirtschaftsvorgängen ein außergewöhnlich großes Maß von Verständnis und Sachkenntnis entgegenbringt, so daß es eigentlich verwunderlich erscheinen muß, daß dem Techniker in den Verwaltungskörperschaften usw. immer noch nicht der Platz eingeräumt wird, auf den er unbestritten den größten Anspruch hat.

Nach der Wahl des Gauvorstandes bestätigten die Delegierten den bisherigen Gauleiter Scholz. Der Verbandsleiter konnte am Schluß der Tagung feststellen, daß der diesjährige Gautag eine Reihe positiver Arbeitsergebnisse aufwies und deshalb für die Entwicklung der Einheitsorganisation der Techniker von nicht zu unterschätzender Bedeutung sei.

Neuer Tarifvertrag in der feinkeramischen Industrie.

Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen in Eisenach lebten in der gesamten feinkeramischen Industrie lebhafteste Kämpfe. Die Unternehmer erklärten überall, durch Beschluß ihrer Organisation gebunden zu sein. Die Folge waren umfangreiche Streiks, in die mit Ablauf der letzten Oktoberwoche circa 30 000 Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes, von rund 60 000 Mitgliedern überhaupt, verwickelt waren. Die Unternehmerorganisation hatte beschlossen, am 29. Oktober sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der feinkeramischen Industrie auszusperrn. Die Arbeiter in den bayerischen Porzellanfabriken wandten sich an das Landesarbeitsamt in Nürnberg um Einigungsverhandlungen.

Demzufolge waren die Parteien für den 20. Oktober nach Nürnberg geladen zum Zentralvorstand der beiderseitigen Organisationen. Die Arbeitgeber lehnten es ab, einem etwaigen Sonderarbitrage für Bayern zuzustimmen und verlangten, daß Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Reichstarifs vor dem Reichsarbeitsministerium in die Wege zu leiten seien. Es wurde vereinbart, in Dresden ein Schiedsgericht zu bestellen mit einem unparteiischen Vorsitzenden, den das Reichsarbeitsministerium stellen sollte. Nur die Fragen, über die es eine Verständigung nicht geben sollte, wurden der Entscheidung des Schiedsgerichts vorbehalten.

Am 23. Oktober begannen die Verhandlungen in Dresden unter dem Vorsitz des Ministerialrats Haack vom sächsischen Arbeitsministerium. Da der im Lande tobende Kampf seine Wellen auch in den Verhandlungssaal hineinwarf, gestalteten sich die Verhandlungen äußerst schwierig.

Nach heftigen Verhandlungen kam der Abschluß eines Manteltarifs und eines neuen Lohnabkommens zustande, dem beide Parteien zustimmen. Der Manteltarif ist bis 30. September 1922 befristet. Das Lohnabkommen gilt für drei Monate, bis 31. Dezember 1921.

Das neue Lohnabkommen hat ein wesentlich anderes Aussehen erhalten als es in Eisenach der Fall war. Es weist für Facharbeiter über 24 Jahre einen Stundenlohn von 7,20 M. auf und eine Hoffordbasis von 9 M. Vom 1. November ab kommt auf die

Effektivlohn ein Zuschlag von 5 Proz., und vom 1. Dezember ab von weiteren 5 Proz. Für Dezember wird ungefähr das Lohnniveau erreicht, das in Eisenach gefordert war. In allen übrigen Berufs-, Alters- und Ortsklassen ist das prozentuale Verhältnis so ziemlich das gleiche.

Die sogenannte soziale Zulage für verheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Ehepartner nicht erwerbstätig sind, auch Witwer, die noch Kinder zu versorgen haben, sowie unverheiratete Arbeiterinnen, die Kinder zu versorgen haben, deren Väter nicht erwerbstätig sind, bleibt in bisherigem Umfang bestehen. Diese beträgt für die Ehefrau pro Woche 25 M. in den beiden ersten Ortsklassen, und 20 M. in den beiden letzten Ortsklassen, für das erste und zweite Kind 12 resp. 10 M., für das dritte und jedes weitere Kind 8 resp. 7 M.

Im Manteltarif konnten manche Verschönerungen abgewehrt werden; in der Frage des Ferienurlaubes wurde eine geringe Verbesserung erzielt.

Nachdem beide Vertragsparteien dem neuen Tarif und Lohnabkommen zugestimmt hatten, wurden die Bedingungen formuliert, unter denen die Arbeit wieder aufzunehmen ist. Die hauptsächlichste Bestimmung ist, daß bis auf einige Ausnahmen alle Arbeiter wieder eingestellt werden. Ueber die Ausnahmen aber haben die beiderseitigen Verhandlungsstellen sich zu verständigen. Damit war die angekündigte Aussperrung hinfällig. Soweit sich überleben läßt, vollzieht sich die Arbeitsaufnahme ziemlich glatt. An fast allen Orten, an denen die Porzellanarbeiter im Kampfe standen, stand ihnen die übrige organisierte Arbeiterchaft mit ihren Sympathien wie auch mit weitgehender materieller Unterstützung hilfreich zur Seite.

Aussperrung in den Deutschen Kachelwerken.

Wegen Lohnunterschieden (23 Pf. bei einem Objekt von 40 M.) hat die Gummireifenfabrik der D. S. W. die Arbeiter der Wiedeler ausge-sperrt resp. kistlos entlassen. Da die Firma nicht die im Tarifvertrag vorgesehenen Schlichtungsinstanzen zur Regelung der Differenzen angerufen hat, wird hiermit über den Betrieb die Sperre verhängt. Zugang von Gummiarbeitern ist unter allen Umständen fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht.

Verband der Rohrlarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Der Kampf der Portiers.

Am 9. November wird sich der Demobilisierungs-Kommissar mit dem am 3. Oktober gefällten Schiedspruch für die Portiers und Hausreiniger beschäftigen, dessen Verbindlichkeitserklärung der Deutsche Portierverband beantragt hat. Aus Anlaß der Verhandlungen richtet die genannte Organisation einen Appell an die organisierte Arbeiterchaft, in dem es u. a. heißt:

„Gewerkschaftsgenossen! Wir wenden uns an Euch, um uns in unserem gerechten Kampfe durch eure Solidarität zu unterstützen. Vor allem aber an die Gewerkschaftsgenossen und -genossinnen, welche Portierstellen und Hausreinigungen innehaben und in anderen Verbänden organisiert sind, damit die Bewegung ein heiliges Durchführer werden kann. Lang genug hat unsere Geduld gedauert, alle Verschleppungen und sonstigen Manöver haben wir über uns ergehen lassen, nun aber heißt es genug damit, wir erwarten, falls wir zum Kampfe gezwungen werden, strengste Solidarität der gesamten Arbeiterchaft.“

Zu jeder Auskunft ist stets der Portierverband, Bayreuther Straße 31, bereit.

Eine Versammlung der Erwerbslosen des Bezirks XI Schöneberg-Friedenau zeigte die Unzufriedenheit der Erwerbslosen, hervorgerufen durch die in das Unendliche steigende Teuerung der notwendigsten Lebensmittel und gab der festen Erwartung auf ausreichende Beschäftigung oder eine der Teuerung entsprechende Unterstützung Ausdruck. Gewünscht wurde eine Sonderbewilligung zwecks Beschaffung von Brennmaterial und Winterkleidung, um einer weiteren Verbreitung der Tuberkulose nicht noch mehr Vorschub zu leisten. Die anwesenden Erwerbslosen, ohne Unterschied der Partei, richteten einen dringenden Appell an sämtliche Institutionen, Wohlfahrtsvereinigungen, Arbeitsministerium und die Gewerkschaften, sowie alle politischen Parteien, mit ihrem ganzen sozialen Empfinden und ihrer Macht sich für die Vinderung der furchtbaren Not der Erwerbslosen einzusetzen und durchgreifende Maßnahmen gegen den überhandnehmenden Lebensmittelmangel zu fordern.

Streik in der Dornaper Kalkindustrie. Die gesamte Belegschaft der Kalkindustrie in Dornap bei Ebersfeld ist wegen Lohnforderungen in den Ausland getreten.

Straßenbahnerbewegung in Rheinland-Westfalen. Die Verhandlungen für die Straßenbahnen der Gruppe Dortmund-Essen und Ebersfeld wurden als nutzlos abgebrochen und befristet, den Schiedspruch des Reichskommissars Meißel in Dortmund anzurufen.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Unsere Kollegenchaft ist verpflichtet, zu der Demonstration heute nachmittag vollständig zu erscheinen. Versammlung um 2 Uhr am Spittelmarkt, Eingang Untergundbahnhof, Admarck von dort 2,30 Uhr.

Metallarbeiter-Betriebsrat Besucht die Gruppenversammlung! Der Faktionvorstand.

Verband der angeheften Dentisten und Zifferriemen. Sitzung Mittwoch 8 Uhr Inselstraße, Ecke Neue Seefischstraße.

Deutscher Holzarbeiterverband. Manteltarif! Donnerstag 4 1/2 Uhr im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147. Verhandlung der Betriebsräte, Generalversammlung der Delegierten, Ob- und Vorsitzenden. Tagesordnung: Unsere Forderungen zum nächsten Lohnabkommen. — Bodenleger und Bodner! Der Bau der Bodenlegerstraße, Bodenleger, Ecke Friedrichstraße (Rohrstraße) ist für alle Bodenleger und Bodner gesperrt. — Im Mittwoch sind die Bureaukranten aus Anlaß des dritten Jahrestages der deutschen Revolution von 2 Uhr ab geschlossen. Die Ortsverwaltung.

Transportarbeiter-Verband. Brande Graphisches Gewerbe. Donnerstag 7 Uhr bei Frau, Reichsberger Str. 15. Vertretungsmannschaft aller Gruppen des graphischen Gewerbes. — Brande 24, Eisen, Eisenwaren, Röhren, Werkzeugfabriken. Donnerstag 8 Uhr im Restaurant des Gewerkschaftshauses, Engelauer 34-35, Kolonnenversammlung.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Gruppe Landschaftsgärtnerei. Sonnabend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24, Saal 3, Gruppenversammlung. Verlauf der Lohnbewegung.

Beamtin für den rechte, Teil: Dr. Werner Geiser, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Dirigiert von Bellag.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Warzen
besetzt die ärztlich empfohlene milde und bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3,50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich

Neu

DEGEA

mit Aufstell-Vorrichtung

Das
Qualitätseisen
bequemes sauberes Bügeln
Ohne Eisenwechsel - Keine überflüss. Hitze
Keine Ermüdung des Handgelenks
Überall erhältlich
Auerlicht Gesellschaft
Berlin O 17

Vor drei Jahren.

Als der Zusammenbruch kam. — In Berlin und an der Front.

Der Revolutionszug.

Zwei Tage vor dem 9. November. Hunderte von arbeitenden Berliner Frauen hatten in den kalten Herbsttagen Kartoffeln geputzt, draußen, weit von der Riesenstadt entfernt, hatten sie geschuft, sich abgerackert um des lieben Lebens willen. Nun sahen sie todmüde mit ihren Kartoffelsäcken in dem Eisenbahnzuge, der endlich nach langem Warten von Hamburg gekommen und sie nach Berlin bringen sollte.

„Werd' schon schaffen, werd' schon schaffen“ sangen im ewig gleichen Takte die Räder. Plötzlich stand der Zug. Im trüben Lichte lag der Bahnhof da. Aufgeregte Menschen rannten am Zuge entlang. „Hat keiner Waffen?“ riefen ein paar Matrosen. „Komraden, wenn Ihr Waffen habt, kommt doch raus.“ — Jag drückten sich die Frauen in die Ecken. Die draußen bekamen Hilfe und dann fuhr der Zug wieder weiter in die Nacht. Dort, auf dem Bahnhof hatte ein blutjunger Leutnant die Weiterfahrt des Zuges verhindern wollen. Ein baumlanger Matrose hatte ihm die Faust unter die Nase gehalten. Da war er still geworden. Zwei andere Matrosen waren hurtig auf die Lokomotive geklettert, und nun stampften die Räder wieder ihr altes Lied, und bei jeder Umdrehung war der Zug einige Meter auf Berlin zu gerollt. Das war in der Nacht vom 7. zum 8. November. In Neustadt an der Dosse waren Maschinengewehre eingebaut. Soldaten — blutjunge Rekruten waren bereit, auf den Zug, der aus dem Gebiete der siegreichen Revolution kam, zu schießen.

Um Mitternacht zog ein Teil der Angekommenen in der Richtung nach Berlin weiter: Werftarbeiter, Matrosen und, wie sich später herausstellte, einige Offiziere in Zivil. Matrosen, die ihre Hände mit sich schleppten, blieben ermattet liegen. Nach anstrengendem Marsche wurde H a u e n erreicht. Plötzlich gelte ein Ruf durch das Bahnhofsgelände:

„Die Bolschewiken kommen.“

die Matrosen sind da!“ Und richtig, leuchtend und stampfend schleppte eine Lokomotive einen D-Zug heran, der auf dem Bahnhof hielt und in dem fast ausschließlich — Frauen und Kinder saßen. Das war günstige Gelegenheit zur Weiterfahrt. Langsam setzte sich der Zug in Bewegung, aber alle Augenblicke mußte er halten: das Geleise war in gewissen Abständen aufgerissen, und im Handumdrehen wurde der Strang durch herausgenommene Schienen aus dem Nebengeleise fahrbar gemacht. So ging es gemächlich weiter bis Staaken. Dort standen wieder Soldaten mit Maschinengewehren, und Offiziere untersuchten systematisch die Abteile, vor die sich dann jedesmal drohend die Maschinengewehre aufspannten. Berlin war im Verteidigungszustand, was aber nicht hinderte, daß die aus dem „Hamburger Revolutionszug“ Entwichenen eilfertig verschwanden und zu Fuß nach Spandau wanderten, dessen Lichter lange in der Ferne leuchteten. Kleine Soldatenpatrouillen trieben sich im Gelände umher. Sie waren schmer bewaffnet und auf ihren Gewehren prangte das blanke Seitenwehr. Reißt diskutierten sie eifrig die politische Lage. „Der Bonernkönig soll abgedankt haben.“ „Ganz Deutschland ist von den Revolutionären befreit, nur Berlin ist noch frei.“ und anderes mehr. Freudig hörten sie die Bestätigung von der siegreichen Revolution. Sie waren es müde, Soldaten zu sein. — Bald war Berlin erreicht: Spannung hatte alle ergriffen. Die kommenden Ereignisse kündigten sich an.

Der 9. November.

Die Nacht vom 8. zum 9. November verrann ruhig. Dann ging die Sonne auf und leuchtete an jenem Tage, der die Befreiung brachte, der die Sache der Revolution fast unblutig abschloß. Gewaltige Demonstrationen zogen die Straßen: Um 10 Uhr

hatte die Sozialdemokratische Partei den Generalstreik proklamiert. Fenster und Bürgerheise waren dicht besetzt. Welche Beoesterung löste bei allen freigeitlich Fühlenden das Gerücht aus, daß sich die Raumburger Jäger den Arbeitern angeschlossen hätten, und dann kündete die zweite Extraausgabe des „Vorwärts“, daß das Alexanderregiment und die vierten Jäger geschlossen zum Volke übergegangen seien und die Offiziere sich den Soldaten angeschlossen hätten. Die Arbeiterschaft hatte die Nacht.

Sie wußten von nichts!

Wie einer den 9. November draußen erlebte.

In den ersten Tagen des November wuchs bei unserer Truppe, die ermüdet, erschöpft unter dem ungeheuren Anstürmen der Engländer und Franzosen alle Kraft bis aufs äußerste hergegeben hatte, das Lied des lange vorausgeahnten Zusammenbruchs zu einer Glendysymphonie. Seit September befanden wir uns auf dem Rückzuge. Das irgend etwas vorging, bewies das stumme Dirigieren der Truppen von einem Frontabschnitt zum anderen. Wir wanderten Nächte, Tage, wurden zerlumpt, kaum mit dem Rotdürstigen bekleidet, ohne Ruhepausen in Abschnitte von 3 Kilometern Länge geworfen. Drüben lauerten in denselben 3 Kilometern 100 Engländer, frisch, gut genährt und trefflich ausgerüstet. Die schreckensvolle Rot trotz gieriger Heran. Es kam, wie es kommen mußte. Von einer überlegenen Führung war nichts zu spüren. Befehle kreuzten und verwirrten sich. Bei den Stäben stand jede Vernunft Kopf. Es regnete in Strömen und Kälte stieß durch die Glieder.

Am 9. November, den 9. Oktober fraß ein französischer Massenangriff drei nur halb gefüllte Kompanien Hungernder. Nachts zurück. Keine Vagage, keine Nahrung. Regen, Regen unablässig. Beaucamp eine halbe Nacht, dann waren die Granaten hinterher. Straße nach Voennes am 5. November. Die Auflösung macht Fortschritte. Fußtruppen, Kolonnen bunt durcheinander. In Voennes am 7. November stehen die Einwohner vor ihren Häusern: „La guerre finit, la guerre finit!“ Eine weiße Fahne flattert am Kirchturm hoch. So weit ist es schon mit uns.

Seht tragen plötzlich Leutnants Tornister und der Oberst ist aus der Feldküche. Der Franzose sitzt auf den Fellen, seine Augen streifen schon die Straße ab. Am 8. November Rückzug bis zur belgischen Grenze. Gegend, die noch keinen Krieg gesehen. In Trelmont halt. Feuchte Wiesen, Weiden, Regen, Regen immerzu. Auch drüben scheinen sie zu halten. Nachts häufen sich die Leuchtungen. Am 9. November früh dringt der Franzose von neuem vor. Wir sind ein schwacher Haufen im Strohengraben, schießen, schießen. Zumeilen bringt einer Patronen. „Kein Brot, Kamerad — morgen vielleicht.“ Nichts Neues, keine Hoffnung, kein Ende. Verzweiflung sitzt an der Kehle, als sie uns in der Nacht vom 10. zum 11. November befahlen, in die Wiesen zurückzuziehen. Was dort? Bis zum Kreieren liegen bleiben?

12 Uhr am 11. November. Sie schießen nicht mehr. Es heißt: Waffenstillstand, wir stehen auf und gehen frei durch den Regen. Am Abend versammelt ein Major unsere Glendreste. Er spricht von „ruhig nach Deutschland zurückkehren“. Die Frage: Was ist in Deutschland? ruft auf aller Munde. Er weiß nichts, will nichts wissen. Am 13. November erzählt uns zum erstenmal eine Frau in Beaumont: „Kaiser partit“ und gab jedem ein Butterbrot und wiederholte:

„Gut für Soldat, Kaiser partit“

Da stehen wir sie hochleben.

recht genommen hat, ihre Pflichten gegenüber ihren Arbeitern, Angestellten und Beamten schwer erfüllen, wenn nicht das Reich ihnen anderweitige Deckung ermöglicht.

Neue Mordtaten.

Ein entsetzliches Verbrechen hat sich gestern nachmittag in dem Hause Linienstraße 195a abgepielt. Der 19 Jahre alte Arbeiter Franz Cagati hat dort in Gemeinschaft mit seiner Geliebten, einer 17 Jahre alten Gertrud Juba verheiratet, seine 47 Jahre alte Mutter umzubringen. Der Burke schlug die Mutter mit einem Beile nieder, öfnete der sich Behrenden die Pulsadern und warf sie, da er sie für tot hielt, in Gemeinschaft mit seiner Geliebten ins Bett. Darauf kauften sie Kuchen und tranken gemütlich mit einem Freunde in der Wohnung Kaffee. Inzwischen aber hatte die schwerverletzte Mutter die Bewinnung wiedererlangt. Unter Ausbietung ihrer letzten Kräfte befreite sie sich und schleppte sich ans Fenster. Von diesem aus rief sie, ohne daß die anderen in der Wohnung etwas merkten, um Hilfe. Polizeibeamte nahmen daraufhin den Sohn, die Geliebte und den Freund fest. Die Schwerverletzte wurde durch einen Arzt verbunden und dann nach dem Hedwigkrankenhaus gebracht. Es ist noch sehr fraglich, ob sie mit dem Leben davonkommen wird. Der Mörder und seine Geliebte wurden in Haft genommen. Beide sind geständig.

Ein Verbrechen, dem ein Mädchen zum Opfer fiel, wird aus Glasow bei Rahlow, Kreis Zeltow, gemeldet. Der dortige Lehrer Kirchhof unterhielt ein Liebesverhältnis mit einer 26 Jahre alten Minna Kettig, deren Eltern ebenfalls mit ihm wohnten. Der Lehrer erkrankte nun bei den Angehörigen des Mädchens und teilte diesen mit, daß die Tochter tot im Schulzimmer liege. Nachdem sie festgestell hatten, daß die Tochter tatsächlich tot im Schulzimmer lag, flüchtete der Lehrer aus dem Ort. Vorher hatte er die Gashöhne gestrichelt, vermutlich, um eine Vergiftung vorzutäuschen. Ein hinzugerufener Arzt vermochte die Todesursache nicht festzustellen. Der zuständige Amtsborsitzer von Rahlow belieh die Leiche am Fundort und benachrichtigte die Staatsanwaltschaft, die sich an die Berliner Kriminalpolizei wandte, von der nun die nötigen Nachforschungen vorgenommen werden.

Fehlende Badegelegenheit im alten Westen.

Nachdem in allen Städten die dort bestehenden städtischen Badeanstalten, wenn auch langsam, wieder ihrer eigentlichen Bestimmung übergeben wurden, hoffen die Bewohner des alten Westens, daß die dort seit Ausbruch des Krieges nicht mehr benutzte Badeanstalt in der Dennenwegstraße ebenfalls wieder zur Benutzung freigegeben würde. Abingehende Anregungen an den Berliner Magistrat geben, wie man uns mitteilt, unsere Genossen in der Bezirksversammlung und im Bezirksamt, jedoch ist bisher seitens des Magistrats in dieser Sache nichts getan. Das ist besonders darum außerordentlich bedauerlich, weil die Badebedürftige, arbeitende Bevölkerung, die die Wohltat einer Badeeinrichtung im eigenen Heim nicht hat (und dies sind 99 Proz.), gezwungen ist, weite Wege zurückzulegen, um des Genusses eines Bades teilhaftig zu werden. Auch die Jugend entbehrt durch das Fehlen einer guten Badegelegenheit außerordentlich viel. Es wäre Aufgabe des Magistrats und der dafür verantwortlichen Institutionen, daß die Benutzung des Bades baldigst ermöglicht und vorzunehmende Reparaturen mit aller Beschleunigung ausgeführt werden. Es ist höchste Zeit, daß endlich auch diese Anstalt ihrer Bestimmung wieder übergeben werden kann.

Der sozialistische Pfarrer unter Ausnahmezustand!

Wie erinnerlich, wurde vor wenigen Wochen dem sozialistischen Pfarrer Meier der Urlaub zur Teilnahme am 10. deutschen Pazifistenkongress in Essen verweigert. Ein telegraphischer Protest des Pazifistenkongresses, in dem darauf hingewiesen wurde, daß im Bezirk Halle ein deutscher nationaler Pfarrer zweites Agitation für den Landbund längere Zeit beurlaubt worden ist, war erfolglos. Für eine Vortragsreise, zu der nunmehr anlässlich der Abrüstungswoche Meier von der westdeutschen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Friedensgesellschaft zusammen mit den Gewerkschaften eingeladen werden ist, um für die Völkerverständigung in Aachen, Bochum, Köln, Essen, Hagen und einigen anderen Orten in öffentlichen Versammlungen zu sprechen, ist wiederum ein zehntägiger Urlaub abgelehnt worden.

Selbst eine Reise von vier Tagen, die jeder Pfarrer hier ohne Urlaub seiner Behörde machen kann, und die Meier benützen wollte, um wenigstens in den Orten, wo alle Vorbereitungen bereits getroffen waren und die Veranstalter nicht im Stiche zu lassen, zu referieren, wurde ihm „für diesen Zweck“ durch Eilbrief von der Behörde kategorisch unter sagt. Dies alles, trotzdem eine Deputation bei dem Konsistorium rechtzeitig vorher vorstellig wurde, um den Präsidenten auf die Folgen für die Kirche, die solches Verhalten der kirchlichen Behörde nach sich ziehen wird, deutlich hinzuweisen. Die Deputation erwiderte bei dieser Gelegenheit in dem Amtszimmer des Konsistorialpräsidenten ein Kaiserbild, das nach Ausspruch dieses Präsidenten „dort auch hängen bleiben wird“. Selbstverständlich! Denn der Präsident billigte ausdrücklich die am Sedantage in einer Kirche für den Deutschnationalen Jugendbund und einem „Hoffprediger veranstaltete Sedanfeier, die stattdessen, als derartige Feiern auf freien Plätzen und in öffentlichen Lokalen verboten waren. Stolz sagte der Konsistorialpräsident: Verfügungen des Polizeipräsidenten kommen für die Kirche nicht in Betracht, hier hat niemand anders zu verfügen. Monarchistische Geistliche können unbeschränkt Agitationsreden halten, das Kaiserfest feiern und die demokratische Republik verhöhnen. Aber Pfarrer Meier hat schwarzen Anstoß erregt, daß er sich als Pazifist gegen die nationalistische Verheugung unseres Volkes wendet und sich offen zum Sozialismus bekennt. Da man aus diesem Grunde ihn bisher durch kein Disziplinarverfahren aus der Kirche entfernen konnte, versucht man jetzt seine öffentliche Tätigkeit als Pazifist und Sozialist unmöglich zu machen.

Dem Konsistorium der Mark Brandenburg wäre dringend zu empfehlen, schleunigst seine Klemme niederzulassen, damit auch nicht mehr ein Pfennig Zuschuß von der III. Republik in seine Taschen fließt. Andernfalls haben die zuständigen Regierungsstellen dafür zu sorgen, daß die Korruption in dieser Kirchenbehörde sich auf das unter den monarchistischen Himmelsfährlichen übliche Maß beschränkt.

Die unterirdische Brücke.

Die Nord-Süd-Bahn kreuzt bei ihrer Linienführung durch die Friedrichstraße zwei Kreuzungen, von denen sie eine, die auf einen Pfahlrost aus Eisenbetonpfeilern gegründet wurde, zwischen der Besseltstraße und dem Belle-Alliance-Platz, bereits fertiggestellt ist. Die zweite Kreuzung der Bahn mit einer Pfahlstraße ist jetzt im Bau. Sie liegt zwischen der Weidenbamer Brücke und dem Bahnhof Friedrichstraße. Um nun die neuere Gründung auf einen Pfahlrost zu sparen, wird an dieser Stelle eine regelrechte unterirdische Brücke über dem zu freuzenden Moor errichtet, mit deren Bau jetzt begonnen wurde. Nach Fertigstellung des letzten Bauabschnittes des Spreetunnels, der jetzt beim Rohbau bis auf die Ausführung der südlichen Wehrkammer, einer Einrichtung, die bei einem etwaigen Wasserbruch den Spreetunnel nach Norden und Süden gegen die übrigen Straßen abschließen wird, fertiggestellt ist, wird mit der Einbringung der Eisenkonstruktionen begonnen, die inner-

Groß-Berlin

Organisierte Aeraernisnahme.

Der Aufmarsch der Jugend.

Der Prozeß gegen Frau Gertrud Esfeld, Direktor Stadel und weitere 11 Bühnenmitglieder wurde gestern fortgesetzt. Der Anhang der Zuhörer war derart, daß in dem kleinen Saal eine ständige Atmosphäre herrschte, die die Verhandlung geradezu zu einer Straßszene gestaltete.

Die Entlassungszeugen Sanitätsrat Dr. Peger und der praktische Arzt Dr. Kömer erklärten, daß sie an der Aufführung keinen Anstoß genommen hätten. Der Zeuge Steinweg, Direktor des Zentralausschusses der inneren Mission, erklärte auf Befragen der Verteidigung, daß er die Karte zur Reigen-Aufführung von Professor Brunner erhalten habe. (Bewegung.) Die Verteidigung stellte hierauf fest, daß es sich also um

eine wohlorganisierte Aeraernisnahme

handelt, um eine Organisation des Professors Brunner, und Rechtsanwalt Wolfgang Heine stellte fest, daß der Staatsanwalt an 22 Organisationen die Anfrage gerichtet habe, ob sie Aeraernis nähmen. Die Zeugin Keines von der Deutschen Bahnhofsmission, die den „Reigen“ zweimal gesehen hat, ist in ihrem stillen Empfinden auf das tiefste gekränkt worden. Die Zeugin Frau Margarethe von Arnim und der Bankbeamte Lschermanski haben ebenfalls an der Aufführung Anstoß genommen.

Zeuge Bankbeamter Hymann hat an der Aufführung nichts aus gesehen, wohl aber an dem Stück selbst, das zu realistisch sei. Dem Ersuchen des Zeugen, die Deffentlichkeit auszuschließen, weil es ihm peinlich sei, über diese Dinge zu sprechen, wurde nicht entsprochen.

Zeugin Frau Doris Wittner hat weder bei ihrem Besuch der Premiere, noch gestern Aeraernis genommen, noch beabsichtigt, wie an dem Werk Anstoß genommen werden könne. — Der 72jährige Kaufmann Köhne ist mit seiner Frau auf Verabredung mit anderen, die einen Protest erlassen wollten, im August in eine Aufführung des „Reigen“ gekommen. Seine Frau ist Vorstandsmittglied des Berliner Frauenvereins gegen den Alkoholismus. Die moralische Tendenz des Stückes sei nicht wirksam; es möge vielleicht auf den gereiften, willensstarken Menschen abschreckend wirken; aber auf die Jugend wirke es demoralisierend. Zeugin Frau Helmina Christ, Vorsitzende des Vereins Berliner Lehrerinnen, hat den Protest gegen die Aufführung des Stückes unterschrieben; das Werk habe keinerlei erzieherischen Wert. Durch das Stück werde die Stellung der Frau erniedrigt. Lehrerin Franziska Grade erklärt den ganzen Inhalt des „Reigen“ für unläuterlich und unästhetisch. Zu denen, die großes Versehen genommen haben, gehört der Junge Regierungs- und Haupt Biermann, Mitglied der christlichen Studentenvereinigung und des christlichen Studenten-Bundes, und Zeuge Dr. Schreiber, Theologe und Vorsitzender der Deutsch-evangelischen

Mission für Fragen der Volksfittlichkeit. Dieser hat Anstoß genommen als Deutscher, Preuze und Berliner, denn in Wien, München, Dresden sei die Aufführung des Stückes unmöglich gemacht worden. Lehrer Rost, Mitglied des Deutschen Volksvereins, erklärt, daß er „empört“ gewesen sei über das, was er da gesehen habe und was dort als Kunst „verzapft“ wurde. Er habe schließlich

solche „Schweineerei“

nicht mehr mit ansehen können. Rechtsanwalt Heine gibt Einzelheiten über den Ausbruch des Theaterstauds und dessen Verlauf. Zu den damals durch die Polizei Verhafteten gehört auch der Lehrer Siebert, der einen elektrisierenden Eindruck empfangen hat. — Auch Frau Hauptmann Müller, Mitglied des Volksischen „Schuh- und Truhbändnisses, des „Herold“, des „Aufrechten“, des Deutschen Offiziersbundes, des Verbandes deutscher nationaler Soldaten usw., hat gewünscht, daß am 22. Februar das Kleine Theater „ausgeräumt“ werden sollte. — Direktor Stadel behauptet, daß diese Zeugen im Hörsaal großen Lärm gemacht und mehrfach geschrien haben: „Das verdanken wir diesen Judenengel!“ Die Zeugin erklärt dies für unwahr, hält es aber für durchaus berechtigt, daß sich das deutsche Volk eine so „bodenlose Schweineerei“ nicht mehr gefallen lasse. Die Zeugin gibt zu, daß sie am Sonntag ihre beiden 21- und 20jährigen Söhne unbefugt mit in die nicht öffentliche Vorstellung genommen habe — weil sie „ein lebhaftes Interesse“ daran gehabt hätten, dieses Stück kennen zu lernen und sich selbst ein Bild davon zu machen.

Nach der Mittagspause wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Die Städte fordern Hilfe vom Reich.

Am „Vorwärts“ wurde bereits kurz gemeldet, daß die Stadt Berlin angeführt der unaufrichtigen Rotwendigkeit, die Gehälter und Löhne immer wieder zu erhöhen, wünnen mit anderen Städten auf Hilfe vom Reich drinnen will. Die für Donnerstag und Freitag nach Berlin einberufene außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtebundes und des Reichs-Städtebundes, der beiden Organisationen der größeren und kleineren Städte, wird sich mit dieser Forderung beschäftigen, ohne deren Erfüllung viele Gemeinden den Zusammenbruch ihrer Finanzen nicht abwenden zu können glauben. Der Versuch, das fortwährende wachsende Wehr der Gemeindegeldern durch immer neue Erhöhung der Zölle für Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahn usw. zu decken, findet seine Grenze an der Leistungsfähigkeit der konsumierenden Massen, die schon die bisherige Belastung kaum noch ertragen können. Die gemeinschaftliche Forderung der beiden Städteorganisationen will eine Rundschau sein, die der Reichsregierung, dem Reichstag und dem Reichstag vor Augen führen soll, daß die Städte nicht sich selbst und ihrem Schicksal überlassen werden dürfen. Die Stadt Berlin hat aus den neuen Gehalts- und Löhnerhöhungen eine Mehrausgabe von 180 Millionen Mark für Gehälter und 300 Millionen Mark für Löhne zu erwarten. Sie und viele andere Städte können, nachdem das Reich den Gemeinden das Einkommensteuer-

halb der Asphaltdeckung in der Tunnelsohle und den Wänden liegt. Diese Eisenkonstruktion reicht trotz der verhältnismäßigen Tiefe, in der der Tunnel an dieser Stelle liegt, bis dicht unter die Strophenflasterung, so daß zwischen dieser und dem eigentlichen Tunnel ein Luftstrom entsteht, der den sonst erforderlichen Ueberfüßboden erspart und damit auch die Tragfähigkeit des Moorbodens nicht höher in Anspruch nimmt, als die bisher auf dem Moor ruhende Bodenmenge. Die neuartige Methode, eine Moorstraße mit einer Untergrundbahn zu kreuzen, wird also erhebliche Summen an den Baukosten sparen und gleichzeitig es auch ermöglichen, die Untergrundbahn ohne Gefahr für die in der Nähe befindlichen Häuser fertigzustellen.

Arbeiter-Samariter.

Eine von der Arbeiter-Samariter-Kolonie abgespaltene Gruppe hat einen selbstständigen Samariterdienst unter dem Namen „Proletarischer Gesundheitsdienst“ eingerichtet. Der Bezirksvorstand der SPD. hat nach Kenntnisnahme der Verhandlungen, die mit der Gewerkschaftskommission und den Arbeiter-Samaritern geführt worden sind, beschlossen, daß die Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin nach wie vor diejenige Organisation ist, die bei unseren Veranstellungen den Gesundheitsdienst verrichtet. Die Kreis- und Abteilungsleitungen werden um Beachtung dieses Beschlusses ersucht.

Beschwerden über Wohnungsdämmer.

Der Magistrat gibt bekannt, daß Beschwerden über Wohnungsdämmer zunächst nur bei dem zuständigen Bezirksamt anzubringen sind. Unmittelbare Beschwerden bei dem preussischen Wohlfahrtsminister, dem Oberpräsidenten oder dem Zentralamt für Wohnungsweisen der Stadt Berlin brauchen längere Zeit zur Erledigung, da sie stets dem Bezirksamt zugeleitet werden müssen. — Entscheidungen des Mietvereinsamtes sind an sich unanfechtbar. Beschwerden sind nur dann zulässig, wenn das Mietvereinsamt seine Zuständigkeit überschritten oder Befahrensvorschriften oder Bestimmungen des materiellen Rechts außer Acht gelassen oder verletzt hat. Beschwerden sind beim ersten Vorliegen des Mietvereinsamtes, Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 80, 3 Tr., anzubringen.

Am der Unfallstelle des Dampfers „Stockow“ wurden gestern die Leichen des Kaufmanns Albin aus Dahlem, die der Frau Vogt aus Berlin, Lehrer Str. 14/15, und die der Frau Marie Reuter, Berlin, Lützow Str. 9, aufgefunden. Die Leichen sind in die Leichenhalle Wannsee überführt worden. Nach der Auffindung dieser Personen ruht noch ein Betunglückter im Wannsee.

Durch Starstrom getötet wurde gestern vormittag der Monteur Georg Wittner aus Weiden bei der Ausföhrung von Arbeiten an einer Starstromleitung der UEG in Oberichonewide. Er hatte sich in den Raum für Sicherungsanlagen begeben und muß dort verheerend eine Starstromleitung berührt haben. Wittner war als vorichtiger und besonnenen Arbeiter bekannt. Die Leiche wurde nach der Halle in Oberichonewide gebracht.

Gasvergiftung infolge eigener Unachtsamkeit. Gestern vormittag wurde die 19jährige Gertrude Schulz in ihrer Wohnung in der Lutherstraße bewußtlos aufgefunden. Der Schlafraum war mit Gas gefüllt. Sie wurde gerettet und nach dem Krankenhaus Weiden geschafft. Wie sich herausstellte, hatte sie den Gasbrenner nicht genügend geschlossen.

Nur ein „goldener Sonntag“. Die Verkaufszeiten am Totenfeiertage und an den Sonntagen vor Weihnachten werden jedoch durch einen Erlass des Polizeipräsidenten für dieses Jahr wie folgt festgelegt. Am Donnerstag (20. November) dürfen Blumenstände im Bezirk der neuen Stadtgemeinde Berlin von 12¹/₂ Uhr bis 5 Uhr nachmittags feilhalten. Am letzten Sonntage vor Weihnachten, dem 18. Dezember, ist der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen in der Zeit von 1 bis 6 Uhr nachmittags gestattet.

Städtisches Marionettentheater, Reinickendorf. Am Donnerstag, dem 10. und am Sonnabend, dem 12. d. M., nach 4 Uhr, findet in der „Zuversicht“ (Erdbe), Reichenstr. 49, eine Marionetten-Opernvorstellung statt. Geleitet wird: „Molière, das Wunderstück des Wahren“ von Dr. Paul. Eintrittspreis für Kinder 75 Pf., für Erwachsene 1,50 M.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, 9. November:

1. Kreis, Wedding, Revolutionsfeier in den Pharusallen, Müllerstr. 142, abends 7¹/₂ Uhr. Mitwirkende: Dos Sambinon-Quartett, Emil Kühne, Revolutions- und der Berliner Männerchor. Festrede: Genosse Albert Horkly. Eintrittskarten zu 2,50 M. sind noch am Eingang zu haben. Keine Bezahlung wird erzwungen.
2. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Genossinnen und Genossen, welche nicht von den Betrieben aus zur Demonstration mitgehen, treffen sich nachmittags 3 Uhr an der Hochbahn Potsdamer Straße zum Abmarsch nach dem Humboldthain. Fahnen mitbringen.
3. Kreis, Kreuzberg (früher Potsdamer Tor). Revolutionsfeier: SO., Gewerkschaftsbund, Engelstr. 24-26; SE., Postamt, Fildelinstraße. Beginn 6 Uhr. Für Familienunterhaltung ist bestens gesorgt. Um rege Beteiligung wird gebeten.
4. Kreis, Schöneberg-Teichenau. Die Genossinnen und Genossen, welche an der Demonstration der Betriebe nicht teilnehmen, treffen sich vor dem Restaurant Witz, Pariser-Platz, 68, zum gemeinsamen Zug nach dem Wittenbergplatz. Jede Abteilung führt fünf Fahnen.
5. Kreis (früher 84.). Alle Genossinnen und Genossen, die nicht von den Betrieben aus demonstrieren, treffen sich zum Abmarsch mittags 2 Uhr bei Oblige, Steinfelder Str. 11.
6. Kreis (früher 1.). Die Mitglieder der Abteilung beteiligen sich an der Demonstration auf dem Kaiser-Friedrich-Platz. Ebenso wird um rege Beteiligung an der Abendfeier in der Postamt, Fildelinstr. 2-3, gebeten.
7. Kreis (früher 6.). Die Mitgliederversammlung fällt aus. Die Genossen nehmen an der Revolutionsfeier im Pappenhof, Fildelinstr. 2-3, teil. Eintrittskarten bei Reuther, Pappenhof Str. 20a.
8. Kreis, Marienhof. Die in Mariendorf arbeitenden und wohnenden Genossen resp. Genossinnen werden gebeten, sich jeweils Teilnahme an der Demonstration um 2 Uhr auf dem Wittenbergplatz, Hauptstr. 3, einzufinden. Umsonst an den Zug der Betriebe Döllmer, Stoll ufm.
9. Kreis, Hakenberg. Der Revolutionsfeier wegen findet der Jahrestag am 12. November in den bekannten Lokalen statt.

Morgen, Donnerstag, 10. November:

1. Kreis, Kreuzberg. 7¹/₂ Uhr bei Wolff, Richter Str. 44, Sitzung der Obleitung der Ortsabteilung. Wichtige Tagesordnung.
 2. Kreis (früher 68.). Zusammenkunft familiärer Betriebsvertreterkreise bei Remondowil, Seestr. 104, abends 7¹/₂ Uhr. Jeder Vertrauensmann muß erscheinen, um Erklärung zu erteilen. Mitgliederbuch und Funktionärliste sind mitzubringen oder, wenn Fehlen unumgänglich, hinsichtlich.
 3. Kreis, Kreuzberg. 2. Wichtige Tagesordnung.
 4. Kreis, Kreuzberg. 7¹/₂ Uhr. Wichtige Tagesordnung auf dem Gebiet, Kaiserin-Wilhelms-Platz, 68. Tagesordnung: Thema: „Die politische Lage“. Ref. Heinrich Bierhäuser. — 8¹/₂ Uhr. Wichtige Tagesordnung auf dem Gebiet, Wittenbergplatz, 54. Ref. Genosse Eberl. — 9¹/₂ Uhr. Wichtige Tagesordnung auf dem Gebiet, Postamt Str. 25. Thema: „Der Obliche Parteitag“. Ref. Emil Lehmann.
 5. Kreis, Hakenberg. 8 Uhr Vorstands- und Funktionärssitzung beim Genosse Kriden, Potsdamer Str. 23.
- Zeitungscommission Groß-Berlin. 8¹/₂ Uhr Sitzung im Konferenzsaal der Gewerkschaften, Lindenstr. 4, 4. Hof links 4 Treppen. Die Speditoren werden gebeten, gleichfalls zu erscheinen.

Frauenveranstaltungen.

1. Kreis, Charlottenburg. 7¹/₂ Uhr bei Frau W. W. 1. Thema: „Stand der Arbeit und der Einfluss auf dem Wirtschaftsmarkt“. Ref. Gen. Dr. Rosenwald.

Jugendveranstaltungen.

Bezirks Arbeiter-Jugend. Sekretariat: SO., 68, Lindenstr. 2, 2. Hof links, 3 Treppen rechts. Telefon: Rpt. 121 68-10.

Heute, Mittwoch, 9. November:

Alle Abteilungen beteiligen sich an den Revolutionsfeiern der Partei.

Morgen, Donnerstag, 10. November:

Schöneberg. Jugendheim Schöneberg. Vorträge: „Was ist Bildung?“ — Reinhold Korb. Jugendheim Köpenicker Str. 82, Volkshaus. — Jugendheim Schule Potsdamer Str. 3-5, Vorträge: „Glauben und Wissen“. — Eilander. Jugendheim Schule Köpenicker Str. 3, Vorträge: „Zerbrechung“. — Reinhold Korb. Jugendheim Volkshaus Schöneberg. Vorträge: „Moses oder Darwin“. — Schöneberger. — 1. Schule Sonnenburger Str. 20, Vorträge: „Jugend und soziale Frage“. — Köpenicker. Jugendheim Schule Steinfelderstr. Vorträge: „Revolutionäre Wägungen“.

Revolutionsfeiern.

Am Abend des 9. November finden künstlerische Veranstaltungen, bestehend aus Musik, Gesang, Rezitationen, Festreden usw. statt.

1. Kreis, Berlin-Mitte. Abends 7¹/₂ Uhr. Branerel Königsplatz, Schönhauser Allee 10/11. Festrede: Paul Hirsch.
2. Kreis, Tiergarten. Abends 7 Uhr. Gemeindefschule Waldenstraße 20/21. Festrede: Hugo Heimann.
3. Kreis, Wedding. Abends 7¹/₂ Uhr. Pharusalle, Müllerstr. 142. Festrede: Albert Horkly.
4. Kreis, Prenzlauer Berg. Abends 7¹/₂ Uhr. Böhmer-Branerel, Prenzlauer Berg.
5. Kreis, Friedrichshain. Abends 7 Uhr. Konzerthaus „Friedrichshain“, am Königsplatz.
6. Kreis, Kreuzberg. Abends 7¹/₂ Uhr. 1. Pappenhof Branerel, Fildelinstr. 2/3. 2. Gewerkschaftshaus, Engelstr. 25. Festrede: Karl Hefschold.
7. Kreis, Charlottenburg. Abends 7¹/₂ Uhr. Leibniz-Oberrealschule, Schillerstr. 125/127.
8. Kreis, Spandau. Abends 7¹/₂ Uhr. Oberrealschule, Molte-Edt Friedrichstraße.
9. Kreis, Wilmersdorf. Abends 7¹/₂ Uhr. Viktoriagarten, Wilhelmstraße 114/115. Festrede: Pfarrer Franke.
10. Kreis, Wannsee. Abends 7 Uhr. Ref. „Fürstentum“, Königsstr. 40. Festrede: Georg Udo.
11. Kreis, Steglitz. Abends 8 Uhr. Lyzeum 1, Kofenburgstr. 18. Festrede: Robert Dreuer.
12. Kreis, Lichterfelde. Abends 8 Uhr. Aula des Realgymnasiums, Drahtstr. 72.
12. Kreis, Connewitz. Abends 8 Uhr. Lehmanns Festhalle, Kaiser-Wilhelm-Straße.
13. Kreis, Tempelhof. Abends 7¹/₂ Uhr. Realgymnasium, Kaiserin-Wilhelms-Straße.
13. Kreis, Marienhof. Abends 7¹/₂ Uhr. Gymnasium, Kaiserstraße.
13. Kreis, Lichterfelde. Abends 7¹/₂ Uhr bei Rohmann, Hesperstraße.
14. Kreis, Neukölln. Abends 7¹/₂ Uhr. großer Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide 114. Festrede: Dr. Koeller.
15. Kreis, Oberschöneweide. Abends 7 Uhr. Realgymnasium, Zeppelinstraße. Festrede: Prof. Ostreich.
15. Kreis, Adlershof. Abends 7 Uhr. nicht Lokal Wöllstein, sondern Ziege, Bismarckstr. 29. Festrede: Marquardt.
15. Kreis, Niederschöneweide. Abends 7 Uhr. im Wirtschaftshaus Corley, Berliner Str. 101.
15. Kreis, Johannisplatz. Abends 7 Uhr. Restaurant „Einsiedler“. Festrede: Laufenböck.
16. Kreis, Köpenick. Abends 8 Uhr. großer Saal des Stadttheaters. Festrede: Emil Dittmer.
16. Kreis, Bohnsdorf. Abends 8 Uhr bei Wirth, Bahnhofsstraße. Festrede: Felix Saar.
16. Kreis, Grünau. Abends 7 Uhr. bei Werner, Köpenicker Str. 108.
17. Kreis, Lichterfelde. Abends 7¹/₂ Uhr. Cäcilienlyzeum, Rathausstr. Festrede: Franz Krüger.
17. Kreis, Karlsruh. Abends 7 Uhr. im Festsaal des Kant-Realgymnasiums, Treptowallee 44.
17. Kreis, Mahlsdorf. Abends 7 Uhr. Ref. „Berliner Rathshausbären“, Brunowstraße. Festrede: Kurt Riehm.
17. Kreis, Kaulsdorf. Abends 8 Uhr. in Hamanns Gesellschaftshaus, Frankfurter Straße. Festrede: Richard Weimann.
18. Kreis, Weihensee. Abends 8 Uhr. Delfes Festhalle, Berliner Allee 215. Festrede: Joachim.
19. Kreis, Pantow. Abends 7 Uhr bei Clubner, Breite Straße. Festrede: Dr. Karsten.
19. Kreis, Niederschönhausen. Abends 7 Uhr. im Restaurant „Sausouci“ (Inh. Tusch), Nordend. Festrede: Dr. Jechin.
19. Kreis, Buchholz. Abends 7 Uhr bei Raehne, Berliner Str. 39. Festrede: Hedwig Wachenheim.
19. Kreis, Harow. Abends 8 Uhr. Ref. „Pantgrafen“. Festrede: Arthur Häußler.
20. Kreis, Rosenhof. Abends 8 Uhr. Schneider, Hauptstr. 3. Festrede: Lisbeth Riedger.
20. Kreis, Hermsdorf. Abends 8 Uhr. Ref. „Bellevue“. Festrede: Dr. Hifferich.
20. Kreis, Wittenau. Abends 7¹/₂ Uhr. in Tegel, in der Humboldtschule.
20. Kreis, Blantenburg. Abends 7¹/₂ Uhr bei Klug, Dorfstraße. Festrede: Will Möbus.

Referenten für die Demonstrationen sind:

Von der SPD.: Robert Dreuer, Arthur Häußler, Karl Hefschold, Kurt Hefschold, Erich Kuffner, Hermann Lödemann, Dr. Lohmann, Dr. Ostrowski, Heinrich Vierhäuser.
Von der U.S.P.D.: Alfred Berger, Paul Brühl, Dr. Herk, Richard Müller, Dr. C. W. D. Dr. Moses, Otto Meier, Emil Rabold, Gerhard Seeger.
Von der Gewerkschaft: Emil Barth, Karl Polenske, Wilhelm Reimann, Karl Vollerhaus, Otto Jiska.
Wir bitten unsere Genossen und Genossinnen, sich zahlreich an diesen Veranstaltungen zu beteiligen.

Aus der Partei.

Eine Biographie Keir Hardies.

Eine Biographie Keir Hardies, herausgegeben im Auftrag der Independent Labour Party von William Stewart, 1921, ist in London vor einigen Tagen erschienen.
Keir Hardie hat sein Leben der politischen Arbeiterbewegung Englands gewidmet, er ist eigentlich der Schöpfer der Teilnahme der englischen Arbeiterklasse am politischen Leben ihres Landes. So ist die Geschichte seines Lebens auch die Geschichte der bisherigen Arbeiterpolitik Englands und im engeren Sinne vor allem die Geschichte der Independent Labour Party, die ihn als ihren großen Führer und Förderer verehrt und seinem Gedächtnis jetzt dieses umfangreiche biographische Werk gewidmet hat. Mit liebevoller Berechnung verfolgt der Verfasser, lange Zeit Mitarbeiter Keir Hardies, den an Arbeit, aber auch an schwer errungenen Erfolgen reichen Lebensgang dieses Mannes mit dem warmen Herzen und dem unerbittlich klaren Verstand. Er mußte als Mitglied der liberalen Partei seinen Weg ins Parlament suchen, wo er bald die Notwendigkeit erkannte, die Arbeiterklasse politisch von den alten Parteien unabhängig zu machen. So wurde die ILP. 1893 gegründet, lange vor der eigentlichen Labour Party; lange Zeit hat sie gegen die Energielosigkeit in den eigenen Reihen des Parlamentarismus kämpfen müssen, das seine Parlamentarismus nach sehr lange in den Reihen der liberalen Partei bestanden, lange nachdem die deutschen Sozialdemokraten schon so „gefährlich“ für den Bestand des Bismarckschen Reiches erschienen, daß man sie der furchtbaren Zeit des Sozialistengesetzes aussetzen zu müssen glaubte. Mit dieser Gründung einer eigenen Arbeiterpartei, die sich klar zum Sozialismus bekannte und mehr sein wollte, als eine bloße Gewerkschaftspartei, hat so Keir Hardie auch im innerpolitischen staatsrechtlichen Aufbau seines Landes Einschneidendes getan — er hat prinzipiell das Ende

des Zweiparteiensystems, auf dem der englische Parlamentarismus ruht, herbeigeführt.

Neben dieser Tätigkeit der Landespolitik beruht das große Verdienst Keir Hardies aber auch noch in seiner Arbeit in der Zweiten Internationale. Wir sehen ihn auf ihrer Gründungskonferenz zu Paris im Jahre 1889, wir treffen ihn mit vielen in der Entwicklung der Internationale führenden Genossen, mit Bebel, Jaurès, Adler, Huppmann, mit Henderson, William Morris, Hyndman, Quesada und Vollmar u. a. immer wieder auf den Zusammenkünften der Internationale, deren englisches Bureau er bei Kriegsausbruch leitete; wir finden ihn auf der letzten Zusammenkunft der zweiten Internationale in Brüssel, als schon die Anzeichen des Weltkrieges drohend am europäischen Himmel aufkamen; mit Jaurès nimmt er an dessen letzter öffentlicher Kundgebung gegen den drohenden Krieg in Brüssel noch am 20. Juli 1914 teil. Bald nach Jaurès ist auch er dahingegangen. Der glühende Friedensfreund, der den Aufruf der englischen Sektion gegen den Krieg unterzeichnet hatte, der am 3. August mit Mac Donald im Unterhaus gegen den Krieg gesprochen hatte, obwohl beide wußten, daß alles verloren war, hat es noch erleben müssen, daß sein eigener Wahlfreund ihn in einer pazifistischen Versammlung nicht zu Worte kommen ließ; 1915 ist er dann gestorben — sicherlich haben die furchtbaren Aufregungen und Erlebnisse dieser Tage den schon kranken Schöpfer vorzeitig gebrochen. Seine Schöpfung aber, die ILP., ist seinem Gedanken der absoluten Kriegsgewerkschaft treu geblieben (bei der Beschreibung dieser Dinge ist die Darstellung, zewil absichtlos, nicht immer frei von Animosität gegen die SPD.). Sie sieht sich noch immer als Erbe seines Werkes. Wir müssen hoffen, daß es vor allem im Sinne seiner wahrhaft internationalen Gesinnung fortführen wird.

Die schöne, in liebevoller verehrender Freundschaft geschriebene Einleitung, die sein alter Kampfgenosse Mac Donald dem Buche geschrieben hat, bringt uns den Vorkämpfer aus den Anfangsjahren der sozialdemokratischen Bewegung menschlich ganz nahe. Ch. S.

Der Kongreß der deutschen sozialdemokratischen Partei in der Tschekoslowakei findet am 11. Dezember in Letischen statt. Die tschechoslowakische sozialdemokratische Partei delegiert zu dem Kongreß die Genossen Remeck und Ullrich.

Soziales.

Nachprüfung von Pensionsansprüchen?

Man schreibt uns: Eine große Anzahl von Beamten und Lehrern hat sich in der Nachrevolutionzeit frühzeitig pensionieren lassen, als es nach dem Gesetz zulässig war. Es sind dabei ärztliche Zeugnisse maßgebend, wenn ein Beamter vor dem 65. Lebensjahre in den Ruhestand treten will. Erstaunlich bei einer großen Anzahl von Fällen ist es nur, daß die betreffenden Herren, die auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses frühzeitig in den Ruhestand getreten sind — es sind vielfach Leute im Alter um 50 herum —, nun noch eine reichliche private Tätigkeit ausüben und ganz noch ein ganz großes Stück Geld nebenbei verdienen. Da ist der eine Kinobesitzer, der andere leitet Privatschulen, der dritte ist Agent, andere sind Amisortierherren oder betreiben andere Vermittlungsgeschäfte, noch andere sind Geschäftsführer von Zeitungen. Fast alle aber, die wir feststellen konnten, sind meistens Anhänger der Rechtsparteien, die zwar von dieser weitgehenden Republik das Ruhegehalt beziehen, die ihr oder seine Dienste leisten wollen und die offenbar jene Pensionierung durchgesetzt haben, um sich den modernen Verhältnissen zu entziehen. Bei Lehrerinnen ist es gar nicht selten, daß sie sich vor ihrer Verheiratung pensionieren lassen und so eine reichliche Mitteln in die Ehe hineinbringen. Da in allen Fällen das ärztliche Zeugnis die Grundlage für die frühzeitige Pensionierung abgibt und man wohl annehmen darf, daß die Ärzte nach bestem Willen diese Zeugnisse ausstellen, je mehr man sich nur wundert, daß die Ärzte all dieser Herrschaften ausreichen, um ganz umfangreiche Privatunternehmungen zu leiten.

Der Staat zwingt den Schwerkrriegsbeschädigten dauernd Nachuntersuchungen auf und kürzt ihnen rücksichtslos ihre Rente, wenn auch nur eine geringe Besserung ihres Zustandes eingetreten ist. Die Kürzung ist so stark, daß ein Drittel der Rente oft verloren geht, obgleich der Betroffene nach dem ärztlichen Zeugnis 100 Proz. erwerbsunfähig und zwei Drittel stichtungslos bedürftig ist. Man muß sich fragen, aus welchem Grunde der Staat die Nachuntersuchungen, die er bei den Schwerkrriegsbeschädigten so rücksichtslos anordnet und anwendet, nicht auch in diesen eigenartigen Fällen der Arbeitsfähigkeit trotz erfolgter Pensionierung zur Geltung kommen läßt. Hier könnten viele Millionen erspart werden. Was den Kriegsbeschädigten recht ist, sollte den auf Antrag vorzeitig Pensionierten billig sein.

Aus aller Welt.

Todesurteil gegen eine Kindesmörderin. Das Schwurgericht Hannover verurteilte nach fünfjähriger Verhandlung die Kaufmannsweibin Luise Zerweck, geb. Trocke, wegen Mordes an zwei Säuglingen, begangen an den Kindern Biskotte und Erika zum Tode. Von der Anklage des Mordes an dem Oberprimaner Hans Rölke wurde sie freigesprochen.

Auch Gottes Fügung? Nach Beendigung des Nachmittags-gottesdienstes in St. Agathe, für die Schulkinder hielt die Lehrerin die Kinder wegen des Sturmes länger in der Kirche zurück. Plötzlich kam der Kirchsturm ins Wanken, fiel herunter und brach das Dach der Kirche durch. Sechs Kinder waren sofort tot, weitere sechs wurden schwer, mehrere andere leicht verletzt. — Die Kathedrale von Boulogne in Frankreich ist eingestürzt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezweifeln, doch ist der angerichtete Schaden sehr groß.

Der Sturm riß das im Fährhafen von Wurg (Niederrhein) liegende Fährschiff los und entführte es in den Rheinstrom, wo die hochgehenden Wellen es auf holländischer Seite 200 Meter weit auf den Strand warfen. Bei fallendem Wasser war keine Möglichkeit, das Schiff frei zu bekommen, so daß Fährmann ohne Fährverbundung mit dem Festlande ist.

Feuer in einer Kaserne. In der Kadettenkaserne in Budapest brach Freitag nacht um 2 Uhr ein Brand aus. Das Feuer konnte erst in den Morgenstunden auf seinen Herd beschränkt werden. Nach den bisherigen Feststellungen fanden bei dem Brand acht Personen den Tod.

In der Moskauer Staatsduma beschlossen haben 84 Beamte. Der Oberste Gerichtshof hat mehrere von ihnen erschließen lassen. Der Wert des gestohlenen Edelmetalls beträgt 15 Milliarden Sowjetrubel.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Schwerkrriegsbeschädigten G. U. Donnerstag, den 10. d. M., abends 7¹/₂ Uhr. Schwerkrriegsschule, Göttemannstr. 4, Uble- und Sprachpflegeunterstützt. Bitte willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Zielfähige Kunst wird nicht bestellt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage möge man einen Suchzettel und eine Nummer des. Bitte Anfragen trage man in der persönlichen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.

2. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.
2. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.
2. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.

Wetter bis Donnerstag mittag. Unruhig, zeitweise heiter, meist trocken bei mäßigen nördlichen Winden.

Den Frauen zum 9. November.

Von Minna Todenhagen.

Leid schreitet durch alle Gassen. Eure Züge tragen seine tiefen Spuren. Fast scheint mir's friivol, zu sagen, vieles könnte besser sein, wäret Ihr des Tages und seiner Bedeutung eingedenk gewesen, als des Geburtstages eines neuen Lebens, täglich neu sich zu erobern, um ganz es zu leben. Und kann es drum ein Tag hellen Jubels nicht sein, so sei er ein Tag ernsthafter Besinnung.

Von mächtigen Impulsen bewegt, sahen wir am 9. November 1918 über alle Not hinweg, bereit sie zu lindern mit dem besten was in uns ist. Arbeit, Gemeinschaftsarbeit sollte die Folgen des Krieges forschaffen, nicht nur bei uns, auch bei den andern. Waffenstillstand und Friedensvertrag, ausgehend von kapitalistischen Grundzügen, lähmten die Wiedergutmachungskraft der schaffenden Arbeit. Wiedergutmachung! O wie gern griffen wir dieses Wort auf. Die Gewerkschaften der in Frage kommenden Länder einigten sich auf wohlbedachte Pläne für den Wiederaufbau zerstörter Gebiete. Gegenwärtig verhandeln in Paris über deren Ausführung Vertreter französischer und deutscher Arbeiter. Die Arbeiterschaft hüben und drüben bekennet sich vorbehaltlos zur Wiedergutmachung. Nicht so die politischen und militärischen Machthaber, auf die es letzten Endes ankommt. Für sie ist das Problem ein politisches Machtmittel, für die Unternehmerschaft aber eine Bereicherungsquelle. Wie kann man auf diesem Gebiete vorwärtskommen, wenn die Unternehmerschaft entweder ganz oder ausschlaggebend im Besitz der politischen Macht oder mit ihr versippt ist? Und wie kann man es verantworten, wenn ihr da, wo diese Macht ihr schon genommen war, sie ihr wieder in die Hände gelegt wird?

Mit dem Wiederaufbau Frankreichs ist das Problem der Wiedergutmachung nicht erschöpft. Es zieht seine Kreise über alle Länder und ihren gesonten Kulturbedarf. Jedes politische Ereignis, das die Förderung aller Fragen, die damit zusammenhängen, hemmt, schädigt alle Länder. Deutschland steht im Brennpunkt des Problems. Ihm sind die schwersten Verpflichtungen auferlegt. Es muß versuchen, das Problem von dem Wege der einseitigen Verpflichtung auf den Weg der internationalen Verpflichtung hinüberzuleiten. Diesen Weg verlegt sich das deutsche Volk, wenn es die politische Macht den Kreisen in die Hände spielt, welche die Pflicht zur Wiedergutmachung weder einseitig noch allgemein anerkennen. Alle unsere bürgerlichen Parteien stehen auf dem Standpunkt: „Macht geht vor Recht.“ Haben der Krieg und seine Folgen noch nicht klar genug bewiesen, wohin dieser Standpunkt führt? Wie ist es möglich, daß so viele Frauen mit all den Schrecken der Vergangenheit und Gegenwart spielen? Nichts Schlimmeres als das aber tun sie, wenn sie bei den Wahlen diesen Parteien ihre Stimme geben oder etwa ihr Wahlrecht nicht ausüben. Die internationalen Folgen sind so unmittelbar nicht erkennbar, desto mittelbarer aber die Folgen am eigenen Herde. Täglich bringt die Presse den Frauen Beweise für den Zusammenhang zwischen Wahlausfall und Lebenshaltung.

So brachte die Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 1. November das Ergebnis eines Balutageschäftes in Reis. Durch An- und Rück- und Wiederkauf wurde bei diesem Geschäft der Preis für den Saft Reis von 357 Mk. auf 787 Mk. in die Höhe getrieben.

Müssen wir uns dauernd mit diesem System abfinden? — Nein! — Die deutsche Republik ist der Boden, auf dem es in zähem, unermüdbarem Kampfe abgebaut werden kann, wenn wir alle auf dem Posten sind. Zunächst müssen solche Sündengewinne durch steuerliche Erfassung dem allgemeinen Nutzen zugeführt werden. Das ist nur möglich, wenn die Volkstreife, die an einem solchen Ausgleich interessiert sind, sich den Einfluß, den sie haben können, auch sichern. Das geschieht einmal, wenn sie bei allen Wahlen restlos ihre Stimme für die Sozialdemokratische Partei

abgeben. Damit wäre eine solche Machtposition geschaffen, daß die erfolgreiche Durchsetzung solcher Forderungen ohne weiteres sicher ist. Eine zweite Voraussetzung ist es aber, daß die Vertreter dieser Partei auch dann, wenn ihnen eine solche Machtposition durch den Wahlausfall nicht restlos gegeben wird, dennoch jede Position, die ihnen auch im Minderheitsverhältnis Einfluß auf den Gang der Dinge gibt, wahrnehmen.

Es ist ein tragisches Geschick für die Arbeiterschaft, daß Wirkung immer wieder zur Ursache wird. Armut hält in Unwissenheit gefangen. Unwissende aber werden nicht nur im alltäglichen, sondern auch im politischen Leben Opfer schlauer Betrüger. Darunter hat auch der Mann gestitten. Er leidet noch heute darunter. Er hat aber trotzdem mit der Partei eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft geschaffen, die den Frauen das Zurechtfinden wesentlich erleichtert. Es kommt nur auf die Frauen an, in dieser Arbeits- und Lebensgemeinschaft zu lernen. Unter der Richtverantwortlichkeit für die Politik, als die Frauen das Wahlrecht nicht hatten, standen die Frauen mit ihrem ganzen Sein unter fremder Verantwortlichkeit. Bei dem Ergebnis, das dadurch erzielt worden ist, trifft man mit dem Worte Unverantwortlichkeit das Richtiger. Wehe den Frauen aber, die ihre Verantwortlichkeit nicht erkennen! Darum sei uns dieser Tag ein Tag der Besinnung auf unsere Verantwortlichkeit.

Bolschewismus einst und jetzt.

Von A. Grigorjanz.

Zum vierten Male jährte sich am letzten Montag der Tag des bolschewistischen Umsturzes vom 25. Oktober — 7. November — 1917. Es gilt einen Blick auf den zurückgelegten Weg zu werfen.

Ungeheure Entwicklungen von der größten historischen Bedeutung haben sich in diesen vier Jahren auf russischem Boden vollzogen. Unverändert geblieben ist nur die Phraseologie des Bolschewismus von der angeblichen Diktatur des Proletariats. Wessen Herz würde nicht höher schlagen, wenn man wüßte, daß die jahrhundertlang niedergedrückte und von dem Genuß der Kulturgüter unserer Zeit zurückgehaltene Arbeiterklasse tatsächlich Herr ihres Schicksals geworden ist?

Leider ist hinter diesen Worten nichts als ein Wahn. Vor vier Jahren noch Verheißung, sind sie heute zum Symbol des Bankrotts geworden. Niemand hat zur Kompromittierung des sozialistischen Ideals mehr beigetragen als gerade die bolschewistischen Gewaltpolitiker. Waren es im Oktober 1917 die breiten Volksmassen, die durch die Fortdauer des Krieges empört, den Bolschewiki die Bahn zur Herrschaft ebneten so verdammt heute die wenig zahlreiche Partei der Bolschewiki die Fortdauer ihrer Herrschaft dem Umstande allein, daß sich noch keine Kräfte aus dem Bestande des Volkes herauskristallisiert haben, die in den Augen der Bauernschaft, dieser ausschlaggebenden Schicht der Bevölkerung Rußlands, Sicherheit für ihren Landbesitz bieten würden. Dieses negative Moment allein bildet den soziologischen Unterbau der Sowjetmacht. So gesehen, ist uns die ganze Entwicklung des Bolschewismus in Rußland erklärlich.

Im Juli 1918 nahm der 5. Allrussische Sowjetkongress in Moskau die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik an. Es heißt darin: „Die Russische Republik ist eine freie sozialistische Gesellschaft aller Arbeitenden in Rußland.“ Schon auf dem 3. Sowjetkongress im Januar 1918 wurde die „Deklaration der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes“ angenommen. Von den darin als Beschlüsse aufgeführten sieben Thesen befaßt die vierte folgendes: „Der 3. Allrussische Sowjetkongress betrachtet das Gesetz betreffend Annullierung der von der Regierung der Zaren, Gutsbesitzer und der Bourgeoisie getätigten Anleihen als den ersten Schlag gegen das internationale Bank-

und Finanzkapital, und er bringt die Zuversicht zum Ausdruck, daß die Sowjetmacht mit Festigkeit auf diesem Wege weiterzueilen wird bis zum vollen Siege der internationalen Arbeitererhebung gegen die Unterjochung durch das Kapital.“

Bergegenwärtigen wir uns diese beiden Zitate, so können wir erst den Abstand ermessen, der uns von jenen Tagen des bolschewistischen Umsturzes trennt. Erst dieser Tage sandte die Sowjetregierung an den englischen Minister des Auswärtigen eine Note, in welcher sie die Bereitwilligkeit erklärte, die Anleihen der Zaren, Gutsbesitzer und der Bourgeoisie anzuerkennen. Und kein anderer als Lenin hat in seiner, auch in diesen Spalten kürzlich abgedruckten Rede mit erstaunenswerter Offenheit zugegeben, daß die Bolschewiki in ihrer wirtschaftlichen Politik vollständig geschlagen worden sind. Lenin gibt zu, daß die Sowjetregierung einen Rückzug antreten mußte und bemerkt ergänzend, daß dieser Rückzug in förmliche Flucht ausartete.

Run appelliert Lenin an den Eigennuß des einzelnen, er will, daß sich jedermann vom persönlichen Interesse leiten läßt, und er erwartet davon die besten Resultate. Er belehrt die Arbeiter ferner, sie sollen sich jetzt von den Kapitalisten ausbeuten lassen, und zwar, wie er in seiner ungelenten Weise bemerkt, bis zu 100 Proz. ausbeuten lassen, sie werden aber dabei, sagt der Bolschewiki-Apostel weiter, den Borzug haben, zu sehen und zu lernen, wie gewirtschaftet werden müsse.

Lenin und seine Nachbeter geben als der Weisheit letzten Schluß wirtschaftliche Gedanken aus, die nichts anderes sind, als längst veraltete und abgedroschene Ideen der kleinbürgerlichen Vulgäroökonomie. Das alles wird mit der Miene eines die Welt beglückenden Erfinders ausgesprochen und in hochtönende Worte gekleidet, die zum ständigen Inventurbestand des Bolschewismus gehören. Die Ähnlichkeit mit diesen kleinbürgerlichen Auffassungen, die enge Verwandtschaft mit ihnen wird noch deutlicher, wenn man vernimmt, daß sie, die die Methoden der kapitalistischen Wirtschaftsführung überall — im Steuerwesen, in den Lohnfragen usw. usw. — durchführen, in allen Tonarten wiederholen, daß die Freiheit des Handels und der Industrie, die sie nunmehr gegeben haben, nur der kleinen und der mittleren Industrie zugutekommen soll. Eine privatkapitalistische Großindustrie soll es nicht geben.

In einem Schreiben an den kürzlich stattgehabten Kongress der Elektrizitätssachleute schrieb Lenin, nur die Großindustrie könne das Fundament des Sozialismus bilden. Diese Binsenwahrheit wird jetzt aufgefächert, nachdem die russische Industrie in Scherben geschlagen worden ist, nachdem von ihr fast nur die Erinnerung und die Gebäude übriggeblieben sind. Daß diese Wahrheit jetzt so gelassen ausgesprochen wird, ist wieder ein Beweis für die Ungeniertheit, mit der die Bolschewiki handeln. Vier Jahre lang wurden alle Ohren voll gepredigt, der Sozialismus, der Kommunismus sei in Rußland, dem Agrarlande, errichtet, um nun am Ende mit der Entdeckung herauszurücken, die Grundlage des Sozialismus sei die Großindustrie. Aber gerade die Großindustrie wollen die Bolschewiki nur ausländischen exterritorial wirkenden Konzessionären vorbehalten, im übrigen aber in Händen ihrer eigenen Organe belassen, deren Wirtschaftsfähigkeiten und Talente das bolschewistische Reich in den kläglichen Zustand gebracht haben, den wir jetzt beobachten. Sie müssen die Großindustrie auch aus dem Grunde in der Hand behalten wollen, um das Aufkommen großer und aktiver Massen des Proletariats nicht zu zulassen, denn sie wissen zu genau, daß das ihre Sterbestunde würde.

Das ist eben das Sonderbarste an der ganzen Sache. Eine Partei, die auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus die Interessen des Proletariats vertreten soll, hat im Laufe dieser Jahre immer mehr die Führung mit den Massen verloren. Mit Ausnahme einiger Zehntausende ihr treu gebliebener Arbeiter auf dem gesamten Territorium des Reichenreichs stützt sie sich fast nur auf die ungeheure angewachsene Verwaltungs- und Parteibureaucratie und das Heer. Ihrem Ursprunge nach eine Arbeiterpartei, entseelte sie eine Agrarrevolution von nie gesehener Tragweite.

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Zu Herrn Schopenhauer.

Der Oberlehrer begann in diesen Tagen zu tränkeln. Anfangs glaubte niemand, daß es etwas Schlimmeres sei; er selber am wenigsten. Immer, wenn der Herbstwind die Kastanien von den Bäumen schlug und der kalte Nebel stoffweise in die Stadt gejagt kam, begannen seine Bronchien schwerer zu arbeiten.

Über diesmal sah es doch tiefer. Mit ein paar Glas Grog war diesmal nicht zu helfen.

„Wie geht's Ihnen, Herr Oberlehrer?“ Fräulein brachte Aspirin von Frau Görke, die selber nicht kam, nach ihrem Bruder zu sehen; sie hatte eine bebende Angst vor Kranken und Krankheit. Und dann: „Man hat sich für seine Kinder doch zu erhalten, nicht wahr?“

Fräulein sah traurig in des Oberlehrers zerfallenes Gesicht. Seine Augen waren trübe, und im Weiß des Augapfels sahen gelbe Streifen. Wie schwer er ging, und wie matt seine Stimme war!

„Wie es mir geht? Gott, ich lebe ja noch.“

„Im Ernst, fühlen Sie Schmerzen?“

„Ja, und Grog hilft auch nicht mehr. Ich glaube, der Weinkribe hat nicht mehr den rechten Rum. Es muß See-wasser dabei sein.“

Fräulein gab ihm die Hand. „Es tut mir so leid —“

— daß der Rum nichts taugt? Nun, man kann ja die Doffis verdoppeln. Und besser wie der Kamillentee meiner Frau Schwester ist er immer noch.“

„Sie wissen ganz gut, was ich sagen will; es tut mir leid, daß es Ihnen nicht gut geht.“

Er ließ sich schwer im Sessel nieder. „Ich wollte gelant sein, aber ich muß vor Ihnen Pflanz nehmen. Meine Knie-kehlen erlauben mir nicht, wie jener tapfere Kausbold im Stehen zu sterben. Wer's nicht der tolle Christ ist?“

„Ich glaube: Graf Mansfeld.“

„Sie sind doch immer um einen Grad gekelter als der Oberlehrer Doktor Sanders. Der Oberlehrer... schade! Ich stand dicht vor dem Professor.“

„Wie meinen Sie das?“

„Mein Herr Schwager tut mir leid. Nun hätte er fast in seine Feld-, Wald- und Wiefengenealogie einschreiben können: Professor Sanders gestorben. Nun wird es nichts damit.“

„Aber Herr Oberlehrer!“

Er lächelte. „Sagen Sie ihm, daß ich nichts dafür kann. Und auch, daß ich ihm aus Höflichkeit gern den Vortritt gelassen hätte. Er soll nicht denken, ich hätte das aus Lort begangen.“

„So dürfen Sie nicht reden.“

Er drehte sich mühsam im Sessel herum zur Schopenhauerbüste. „Ja, liebes Fräulein, bald werde ich Herrn Schopenhauer begrüßen, der es auch nicht bis zum Professor gebracht hat, und werde ihn fragen, ob er trotz aller Theorien nicht doch noch einmal leben möchte.“

In Fräuleins Augen standen Tränen. Sie konnte nicht sprechen.

Er sah sie an. „Sie werden doch nicht etwa um mich weinen? Sie — Sie liebes dummes Kind Sie?“ Erschreckt griff er nach ihrer Hand. „Bin ich Ihnen denn etwas gewesen, in dieser Zeit?“

Sie nickte zwei-, dreimal, schmiegt aber immer noch.

Er errötete wie ein Schulknabe. „Ja, aber — aber — das hätte ich nie gedacht.“

Fräulein wollte sagen, daß er ihr bester, ihr einziger Freund gewesen war, der einzige, zu dem sie immer hätte kommen können und daß dies ihr Trost gewesen sei. Aber sie brachte nur hervor: „Es wird nicht so schlimm sein.“

„Doch“, sagte er bitter. „Diesmal ist es schlimmer.“

„Was sagt der Arzt?“

„Der Arzt schilt mich nicht. Er verordnet mir die greulichsten Sachen. Ich bin doch kein Kind, daß ich glaube, immer nur was schlecht kommt, sei gesund.“

„Dann wird es auch nicht so schlimm sein“, sagte sie wieder.

„Ich weiß es aus bester Quelle, wie unser Intelligenzblatt immer sagt. Ich sah nämlich — erschrecken Sie nicht — den Akabartermann.“

„Herr Oberlehrer!“

„Und Sie wissen: dann geht das beste Schiff auf den Grund.“

Fräulein erhob sich. „Ich glaube, man hat mich gerufen. Ich komme bald wieder nach Ihnen sehen.“

„Nein, tun Sie es nicht.“

„Warum nicht?“

Der ernste, fast herrische Ton, den sie gar nicht am Oberlehrer kannte, hatte sie stufig gemacht.

Er lächelte schon wieder. „Kommen Sie wieder, wenn ich ganz gesund bin... ganz gesund... Ich empfinde Kränkeln immer als eine Demütigung, die mir ein Wächtigerer, Brutalerer zugefügt hat. Und ein Gedemütigter läßt sich nicht gern von einer Dame betrachten, die er... die er... achtet.“

Fräulein lächelte deutlich, daß er etwas anderes hatte sagen wollen. Sie gab ihm aber nur die Hand — wie kraftlos er heute den Druck wiedergab! — und ging hinaus.

Er lehnte den Kopf zurück in den Stuhl und lautete.

Schritt für Schritt hörte er Fräuleins leichte Füße die Treppe hinaufgehen; und er glaubte auch ihr Kleid an das Geländer streifen zu hören. „Liebe, liebe Kleine“, sagte er. Und ein Lächeln wie aus einer anderen Welt lag um seine welken, eingefallenen Züge.

Man ging jetzt leise, wenn man an der Türe des Oberlehrers vorüberkam.

Seit einer Woche lag er zu Bett. Der Arzt war außer sich gewesen, daß er es nicht längst getan hatte. Der Oberlehrer hatte ein Kompromiß schließen wollen: „Auf dem Sofa, Doktor, auf dem Sofa will ich gern liegen. Ganz ausgestreckt, wenn Sie wollen, und Stimmröhren und Trübsal blasen. Aber Bett — das ist so ungewöhnlich und blamabel. Bedenken Sie doch, wenn ich Damenbesuch bekomme!“

Aber der Arzt knurrte aus seinem buldigen Bort etwas Unverständliches hervor, das aber keine Anerkennung war. Er half ihm selbst beim Aussteigen.

„Das ist die Barstufe, Doktor. Es geht leicht auf Ihre Verantwortung.“

„Barstufe? Wozu denn?“

„Zum letzten Lager, dem auf Hohenhöfen.“

„Unfinn. Sie tanzen noch. Lassen Sie nur auf!“

„Lernen? Kein über Gedanke. Aber weiter als bis zur Bolonaise habe ich's nie gebracht bei den Bällen. Und, wenn ich's recht bedente, auch im Leben nicht.“

„Nun, nun.“

(Fortf. folgt.)

